

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 10

PHILIPPINEN

Unterdrückung
regimekritischer
Stimmen

BIODIVERSITÄT

Weshalb afrikanische
Länder eigene Forschung
brauchen

ISTGH

Was der Haftbefehl
gegen Putin
bedeutet



Gesundes Leben

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Umweltzerstörung wirkt sich auf menschliche Gesundheit aus

Magazin

- 4 **ALAN ROBLES**
Unterdrückung kritischer Stimmen auf den Philippinen
- 5 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Wie koloniale Haltungen in globaler Entwicklung fortbestehen
- 7 **INTERVIEW MIT BETH KAPLIN**
Subsahara-Afrika benötigt eigene Forschung zu Biodiversität
- 9 **LEON KIRSCHGENS**
Einfluss der Religion auf Familienplanung in Westafrika
- 10 **INTERVIEW MIT KAI AMBOS**
Internationaler Strafgerichtshof verdient mehr Unterstützung
- 12 **ABDUR REHMAN CHEEMA**
Pakistans Wasserinfrastruktur muss sich verbessern
- 14 **FELIX KUGELE**
Wie sich die jetzige Taliban-Herrschaft in Afghanistan von der vorigen unterscheidet
- 16 **RAPHAEL MWENINGUWE / IMPRESSUM**
Heutzutage: Krebsvorsorge für Frauen in Malawi

Debatte

- 18 **ABIGAEEL KIMA**
Ergebnisse des ersten Afrika-Klimagipfels in Nairobi

- 19 **KARIM OKANLA**
Anti-französische Einstellungen im frankophonen Afrika
- 20 **HANS DEMBOWSKI**
In China behindert totalitäre Politik zunehmend die Dynamiken des Marktes

Schwerpunkt: Gesundes Leben

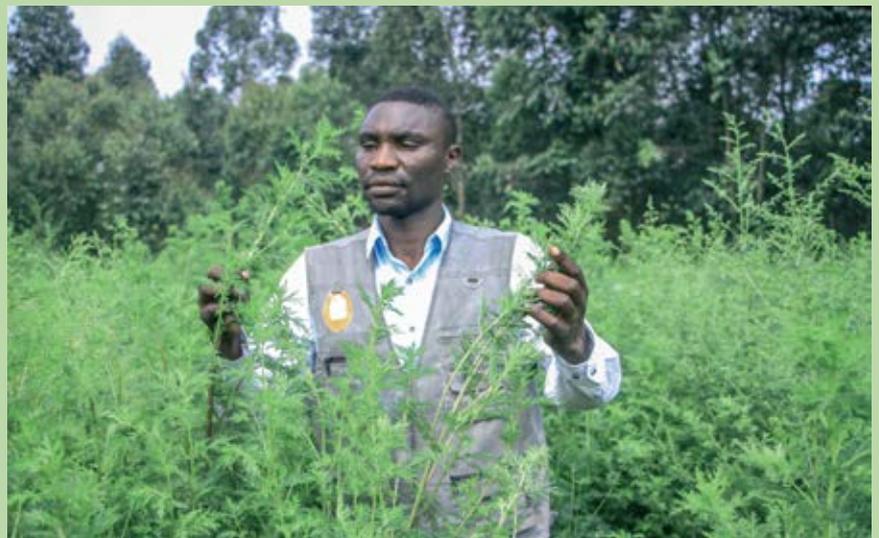
- 23 **NAYANTARA NARAYANAN**
Südindische Bundesstaaten kämpfen gegen zwei gefährliche Zoonosen: Nipah-Virus und Kyasanur Forest Disease
- 25 **CHRISTINA PETTAN-BREWER**
One Health ist ein sinnvolles Konzept, und Erfahrungen aus Lateinamerika, Afrika und Asien gehören berücksichtigt
- 27 **HANSJÖRG DILGER**
Medizinanthropologie untersucht, wie Menschen weltweit Gesundheitsphänomene unterschiedlich wahrnehmen
- 29 **CHRISTIAN SPLETT**
Deutsche NGO Apotheker ohne Grenzen versorgt Menschen in der Ukraine mit Medikamenten
- 31 **SATTISH CHANDRA ARYAL**
In Nepal leisten Freiwillige wertvolle gesundheitliche Aufklärungsarbeit
- 32 **ISAH SHAFIQ**
Wie das europäische Regionalbüro der WHO das Thema One Health sieht
- 34 **ADAZE OKEAYA-INNEH**
Zeitgemäße Abwasseraufbereitung kann dabei helfen, Mikroplastik einzudämmen

SCHWERPUNKT

Gesundes Leben

Menschliche Entwicklung setzt ein gewisses Maß an Gesundheit voraus, deshalb steht medizinische Grundversorgung ganz oben auf der internationalen Entwicklungsagenda. Durch verschiedene Umweltkrisen steigen allerdings auch gesundheitliche Risiken. Da die Gesundheit von Menschen, Tieren und Ökosystemen eng zusammenhängt, verdient das Konzept One Health mehr Aufmerksamkeit. Wo Prävention scheitert, wird sich die Gesundheit der Menschen verschlechtern, und unterfinanzierte Gesundheitssysteme werden noch stärker belastet.

Titelseite: Kultivierung medizinischer Pflanzen in der DR Kongo.
Foto: picture alliance / Xinhua News Agency / Zanem





Unser Schwerpunkt zum Thema **Gesundes Leben** beginnt auf Seite 22. Er hat direkten Bezug zum 3. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG), **Gesundheit und Wohlergehen**, und auch zu allen anderen SDGs.

Umweltzerstörung verschärft Gesundheitsprobleme

Gesundheit ist für soziale Wohlfahrt zentral, denn nur wer körperlich und geistig fit ist, kann Möglichkeiten optimal nutzen. Medizinische Grundversorgung hat deshalb entwicklungspolitisch schon lange hohen Rang. Gesundheitszentren, Krankenhäuser und Pharmazeutika sind wichtig, und wer Bedarf hat, muss auch Zugang bekommen. Viel zu viele Menschen tun das immer noch nicht.

Ein bekanntes Motto lautet „Vorbeugen ist besser als Heilen“. Impfkampagnen haben vielerorts die Lebensqualität erhöht. Kluge Prävention reicht aber über Pharmamethoden hinaus. Solide Wasser- und Sanitärversorgung reduziert Infektionen. Sicherheitsstandards in Arbeitswelt und Verkehr schützen vor schlimmen Unfallfolgen. Luftverschmutzung macht krank.

Derlei zeigt, dass Handeln in vielen Politikfeldern, die nicht direkt mit Krankenversorgung zu tun haben, für die Gesundheitspolitik wichtig ist. Je erfolgreicher Ersteres ausfällt, desto weniger Geld wird für Letztere gebraucht. Wo Vorbeugung zu kurz kommt, steigt dagegen der Finanzbedarf des Gesundheitswesens.

Wir leben in einer Ära eskalierender Umweltprobleme. Globale Erwärmung, Artenschwund, Umweltverschmutzung, Flächenverbrauch und andere destruktive Trends bedeuten, dass Ökosysteme zunehmend beeinträchtigt werden. Ihre Gesundheit war früher normal, wird aber zunehmend zur Ausnahme. Menschliches Wohlergehen hängt aber von der Gesundheit von Tieren, Pflanzen und Ökosystemen ab.

Kränkende Ökosysteme verlieren Resilienz und machen unter anderem zoonotische Krankheiten, die von Tieren auf Menschen übertragen werden, wahrscheinlicher. Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie verheerend das sein kann. Wissenschaftler gehen davon aus, dass diese weltweite Krise auf infiziertes Fleisch zurückzuführen ist, das in der chinesischen Stadt Wuhan Ende 2019 verkauft wurde.

Folglich ist das Interesse an einem holistischen Gesundheitsverständnis gewachsen. Der Fachbegriff lautet „One Health“. In Expertenkreisen steht er schon seit Längerem für die Interdependenz von menschlicher, tierischer und ökologischer Gesundheit. Dieses Querschnittsthema verdient tatsächlich große Aufmerksamkeit, denn es betrifft sehr viele Politikfelder. Zu diesen gehören unter anderem Land- und Forstwirtschaft, Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Klima und biologische Vielfalt.

One Health steht beispielhaft für die Kohärenz der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals). SDG3 (Gesundheit und Wohlbefinden) hängt von SDG6 (Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen), SDG11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und SDG12 (Verantwortungsvoller Konsum und Produktion) ab, um nur drei zu nennen. Zugleich bedeutet Fortschritt bei dem Gesundheitsziel auch Fortschritt bei SDG10 (Weniger Ungleichheiten). Internationale Partnerschaften (SDG17) sind für jedes Ziel nötig.

Umweltzerstörung erhöht unterdessen Gesundheitsrisiken. Heute schon bekommen viele arme Menschen nicht die nötige Versorgung. Regierungen vieler Entwicklungsländer halten soziale Sicherung für unerschwinglich.

Haushaltsmittel sind immer knapp. Dennoch leisten sich selbst manche Staaten mit niedrigen Durchschnittseinkommen teure Armeen. Wir brauchen globale Lösungen für globale Probleme. Wer Stellvertreterkriege anzettelt, anderen Rüstungswettläufe aufzwingt oder sie gar angreift, macht das unerreichbar.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/ D+C**.

euz.editor@dandc.eu



Das Bantayog ng mga Bayani (Heldendenkmal), ein Denkmal in Quezon City zu Ehren der Opfer der Diktatur des ehemaligen Präsidenten Ferdinand Marcos.

POSTFAKTISCHE POLITIK

Stress und Angst

Viele Menschen auf den Philippinen hofften, eine Niederlage von Ferdinand „Bongbong“ Marcos Jr. bei den Präsidentschaftswahlen 2022 würde den langen politischen Albtraum beenden. Er siegte aber. Ein philippinischer Journalist skizziert die Lage.

Von Alan Robles

Marcos Jr. ist der Sohn eines früheren Diktators. Im Wahlkampf rühmte er die Taten seines Vaters – unter dessen Herrschaft Tausende ermordet und gefoltert wurden. Zugleich wurden Milliarden von Dollar veruntreut. Die neue Vizepräsidentin Sara Duterte-Carpio ist die Tochter von Rodrigo Duterte, dem Vorgänger von Marcos Jr. Duterte ist bekannt für autoritäre Tendenzen und seinen verlogenen Krieg gegen Drogen, der mindestens 12 000 Menschenleben kostete.

Während Dutertes Amtszeit lebten wir in ständiger Spannung – und tun das weiterhin. Wenn wir durch enge Straßen gehen, fürchten wir, dass uns plötzlich jemand vom Rücksitz eines vorbeifahrenden Motorrads in den Kopf schießen könnte. Ein ehemaliger Kollege, der bei seiner Zeitung Recherchechef war, stieg deshalb aus dem Journalismus aus und wurde Regierungsbe-

rater. Dennoch wurden er und sein Bruder vor einigen Jahren an einer Ampel im Auto überfallen und ermordet. Bewaffnete Motorradfahrer gaben mehr als 40 Schüsse auf die beiden ab. Der Fall wurde nie aufgeklärt.

Voriges Jahr wurde ein Radiojournalist, der politische Korruption kritisierte, auf ähnliche Weise auf dem Heimweg erschossen. Ein hoher Regierungsbeamter und Soldaten wurden mit dem Mord in Verbindung gebracht.

Nachdem meine Frau Raissa, eine mehrfach ausgezeichnete Buchautorin und Investigativjournalistin, 2021 berichtete, dass Marcos Jr. ein verurteilter Steuerhinterzieher ist, postete ein ihm ergebener Anwalt ein Kurzvideo auf Social Media, in dem er sie obszön beschimpfte. Dafür wurde er suspendiert und vom Obersten Gericht aus der Anwaltskammer ausgeschlossen. Kürzlich aber berief Marcos Jr. ihn auf einen hochbezahlten Regierungsposten.

Schadenfroh erklärte er einem Reporter, dass ihm seine Verbalattacke nicht leidtue und meine Frau Glück habe, dass er sie nicht habe umbringen lassen. Fast hat man das Bild von Julius Streicher vor Augen, dem Nazi-Verleger und Hasspropagandisten in Hitler-Deutschland.

Es wird so viel gemordet, dass das vielen schon als normal erscheint. Trolle und Desinformation verzerren den öffentlichen Diskurs und untergraben das Vertrauen in die unabhängige Presse. Wut und Angst sind unsere ständigen Begleiter. Kriminalität und Korruption machen uns zornig, während uns die ungewisse Zukunft unseres Landes und unseres journalistischen Berufes ängstigt.

So geht es vielen in unserem Kollegen- und Bekanntenkreis. Sie leiden unter Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche, Motivationslosigkeit und Ängsten. Das sind typische Depressionssymptome. Eine Freundin erzählt, sie habe wochenlang täglich getrunken, ehe sie das wieder unter Kontrolle bekam. Andere werden schweigsam oder ziehen sich immer weiter ins Private zurück.

Unsere düsteren Erwartungen erfüllen sich immer wieder. Was wir vor Jahrzehnten in der Diktatur durchlebt haben, wiederholt sich. Marcos, seine Familie, Kumpanen, Beauftragten und Lakaien bedienen sich schamlos an der Staatskasse. Sie wenden Gesetze willkürlich an, um gegen Gegner vorzugehen. Noch geht es nicht so brutal zu wie unter Marcos Seniors Herrschaft, aber es ist durch und durch kriminell.

Unser Land verwandelt sich in eine Anokratie – nur noch dem Namen nach eine Demokratie, die einer lebenden Leiche oder zumindest einem von Parasiten befallenen Körper gleicht. Legislative und Judikative dienen vor allem der Bereicherung der Elite.

Marcos' Vater setzte seine Diktatur mit Waffengewalt und Kriegsrecht durch. Dagegen wurde die neue Variante von populistisch eifernden Fanatikern, denen Fakten egal sind, in einem Wahlkampf an die Macht gebracht. Da ähnliche Tendenzen in vielen Ländern zu sehen sind, denke ich, dass wir jetzt im postfaktischen Zeitalter leben. Auf den Philippinen regt sich keine Empörung und kein Widerstand. Es gibt keine Rechenschaftspflicht. Wie denn auch, wenn Fakten in konventionellen wie sozialen Medien ständig verzerrt werden? So muss es im Dritten Reich gewesen sein. Aber die Propaganda ist heute noch durchdringender und omnipräsenter.

Ich habe gelesen, dass sich der im Exil lebende Schriftsteller Stefan Zweig und seine Frau 1942, als Hitler den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen schien, das Leben nahmen, weil ihnen die Zukunft so düster erschien. Ich verstehe nun, wie er sich gefühlt haben muss – obwohl ich nicht vorhabe, mir das Leben zu nehmen. Meine Frau und ich haben erwägt, ins Ausland zu ziehen, aber wir haben die erste Marcos-Dik-

„Unser Land verwandelt sich in eine Anokratie – nur noch dem Namen nach eine Demokratie, die einer lebenden Leiche oder zumindest einem von Parasiten befallenen Körper gleicht. Legislative und Judikative dienen vor allem der Bereicherung der Elite.“

tatur überlebt und glauben, auch das hier überleben zu können. Manchmal denke ich aber an all die Deutschen, die nach Hitlers Machtergreifung 1933 nicht gingen, als sie noch konnten, weil sie irrtümlich meinten, allzu schlimm werde es schon nicht werden.

Ich denke in historischen Zusammenhängen. Ich kann nicht anders, als die Ereignisse in der Ukraine mit dem Spanischen Bürgerkrieg zu vergleichen, dem Vorläufer des Zweiten Weltkriegs, in dem verschiedene Mächte ihre Waffensysteme testeten. Ähnlich erkenne ich in China heute das kai-

serliche Deutsche Reich wieder – mit seiner Marineaufrüstung und Angst vor Umzingelung. Es stört mich, dass die US-Regierung, die sich als Leuchtturm der Freiheit und Menschenrechte gibt, unsere autoritäre, missbräuchliche Regierung umwirbt und als wichtigen Verbündeten gegen China sieht. Die Spannungen im Südchinesischen Meer nehmen zu. Die meisten Menschen lachen über die Möglichkeit eines Krieges. Das war vor den letzten großen Kriegen auch so.

Hinzu kommen die Folgen von Pandemie und die Klimakrise. Wir haben eine rekordverdächtige Hitzesaison hinter uns. Drei Monate lang herrschten durchschnittlich 42 Grad Celsius. Darauf folgte Taifun Doksuri, der Dutzende tötete und Hunderttausende aus ihren Häusern vertrieb. Die Philippinen sehen stürmischen Zeiten entgegen – in mehr als einer Hinsicht.



ALAN ROBLES
ist Journalist in Manila.

euz.editor@dandc.eu

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Von wegen Augenhöhe

Koloniale Machtstrukturen wirken sich bis heute auf die Entwicklungszusammenarbeit aus – trotz jahrzehntelanger Debatten darüber. Dekolonisierung erfordert konkretes Handeln und Respekt für lokale Expertise.

Von Katharina Wilhelm Otieno

Entwicklungspolitische Projekte beruhen auf transaktionellen Verträgen, bei der eine Seite bezahlt und die andere etwas bekommt. Dabei von gleichberechtigter „Partnerschaft“ zu sprechen, findet Chilande Kuloba-Warria irreführend. Die Gründerin und Direktorin des Warande Advisory Centre, einem Beratungszentrum für zivilgesellschaftliche Organisationen in Nairobi, stellt klar: „Es gibt nach wie vor ein ‚wir‘ und ein ‚die‘. ‚Wir‘, das sind die Menschen aus den

Ländern, die Entwicklungshilfe empfangen. ‚Die‘ senden uns diese Hilfe.“

Alles andere sei „White Washing“. Sie wendet sich damit gegen Versuche, Machtgefälle mit inklusivem Vokabular zu über-tünchen. Tatsache sei, dass typischerweise weiße NGO-Vertreter*innen solche Schönfärberei betreiben. Tatsächlich gebe es ohne ungleiche Machtverhältnisse gar keine Entwicklungspolitik.

Wer behauptet, „keine Farbe zu sehen“, verweigert sich der Realität. Solche Aussagen seien oft gut gemeint, negierten aber die spezifischen Herausforderungen nichtweißer Menschen. Für Kuloba-Warria zeugt eine solche Haltung auch indirekt von fehlendem Respekt.

Die Kolonialvergangenheit wirkt auf vielfache Weise in der Entwicklungs-

zusammenarbeit fort. Dass ein adäquater Dekolonisierungsprozess bisher in diesem Arbeitsfeld fehlt, war Anlass einer Online-Veranstaltung des zivilgesellschaftlichen Verbandes Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO) Ende August. Dabei wurde auch ein VENRO-Bericht zum Thema vorgestellt.

Für ihn hat die frühere E+Z-Redakteurin Katja Dombrowski Interviews mit NGO-Personal geführt. Eine ähnliche Publikation hat auch Kuloba-Warria verfasst.

Diese Themen sind alles andere als neu. Bereits vor mehr als 30 Jahren ent-

„Kuloba-Warria betont das grundsätzliche Machtgefälle zwischen Geldgebenden und -empfangenden. Diese Beziehung sei äußerst anfällig für das Fortbestehen kolonialer Haltungen auf beiden Seiten.“

stand die „Post-Development“-Bewegung, als beispielsweise der Ethnologe Arturo Escobar oder der Soziologe Wolfgang Sachs das gesamte Konzept der Entwicklung für gescheitert erklärten – und es als Fortschreibung des Kolonialismus interpretierten. Ein aktueller Vertreter dieser Denkrichtung ist Aram Ziai von der Universität Kassel, der sich im Sommer 2020 auf dandc.eu zum Thema geäußert hat. Er hat an anderer Stelle aber auch eingeräumt, dass das Entwicklungskonzept durchaus emanzipatorische Elemente habe, welche kritische Stimmen oft übersähen.

EMANZIPATORISCHES POTENZIAL NUTZEN

Ein Kernproblem dieser Debatte verbirgt sich in der Vorsilbe „Post“. Sina Aping vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) erklärte am Beispiel des Wortes „Postkolonialismus“: Das Präfix weise nicht auf das tatsächliche Ende des Kolonialismus hin, sondern auf seinen fortwährenden Einfluss trotz formal vollzogener Dekolonialisierung im Sinne staatlicher Souveränität. Aus Apings Sicht geht es daher bei der angestrebten Dekolonisierung darum, vielschichtige koloniale Hinterlassenschaften

zu überwinden. Dafür sei stete Konfrontation mit eigenen Vorurteilen ebenso wie Fortbildung und Diversifizierung der Führungsebenen nötig. Sie bedauert, dass der Abbau kolonialer Kontinuitäten bei den UN-Zielen für Nachhaltigkeit (SDGs – Sustainable Development Goals) nicht vorkommt.

Auch das Schlagwort „Post-Development“ sollte nicht so verstanden werden, dass die Ära der Entwicklungspolitik vorbei sei. Es gilt vielmehr, ihr emanzipatorisches Potenzial zu nutzen. Für Kuloba-Warria heißt das unter anderem, dass Dekolonisierung auf der lokalen Ebene stattfinden muss. Planung und Entscheidungen müssten von Erfahrungen und Wünschen der Betroffenen, deren Situation besser werden soll, geprägt sein. Bereits existente Kapazitäten und Fähigkeiten müssten anerkannt und auch genutzt werden. Das könne dann bedeuten, dass geldgebende Organisationen flexibler mit Regeln, Vorschriften und Ergebnisindikatoren umgehen müssen, was wiederum häufig größere Risikobereitschaft erfordere. Der VENRO-Report empfiehlt entsprechend unter anderem „Bürokratieabbau“ als Dekolonisierungsmaßnahme.

Kuloba-Warria betont das Machtgefälle zwischen Geldgebern und -empfängern. Die

se Beziehung sei sehr anfällig für das Fortbestehen kolonialer Haltungen. Sie zitiert aus einem ihrer Interviews: „He who has and controls resources will always wield the power“.

LINKS

Dombrowski, K., 2022: Shifting Power. Wie entwicklungspolitische und humanitäre Nichtregierungsorganisationen den Folgen von Kolonialismus in ihrer Arbeit begegnen können. Berlin, VENRO (5 MB, English version available)

https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Studien_Berichte/Venro_Report_ShiftingPower_WEB.pdf

Kuloba-Warria, C., 2023: Implications of the Istanbul principles and the DAC CSO recommendation on enabling civil society for ICSOS.

<https://csopartnership.org/wp-content/uploads/2023/04/Implications-of-Istanbul-Principles-and-DAC-recommendations-on-enabling-civil-society-v1.pdf>



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Es kommt darauf an, lokale Bedürfnisse zu verstehen. Somalische NGOs bereiten während des Ramadan das Fastenbrechen in einem Flüchtlingslager bei Mogadischu vor.



Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Farah Abdi Warsameh



Bauern bearbeiten ihr Land nahe des Volcanoes-Nationalparks in Ruanda. Die Nachfrage nach Agrarflächen schadet der Biodiversität in Afrika.

SUBSAHARA-AFRIKA

„Es ist entscheidend, Wissen auf lokaler Ebene aufzubauen“

In Subsahara-Afrika gibt es viele Biodiversitätshotspots – aber sie sind gefährdet. Im E+Z-Interview erörtert Biodiversitätsexpertin Beth Kaplin, was die Artenvielfalt bedroht. Sie erklärt, warum es wichtig ist, sich von „parachute science“ zu lösen und Kapazitäten vor Ort aufzubauen, um die Umwelt nachhaltig zu schützen.

Beth Kaplin im Interview mit Roli Mahajan

Was ist „parachute science“, und wie schadet diese „Fallschirmwissenschaft“ der biologischen Vielfalt?

Forschung in Afrika wird immer noch von Wissenschaftler*innen aus reichen Ländern dominiert, die hier für eine eher begrenzte Zeit Feldforschung betreiben. Üblicherweise sind es Forschende aus dem Ausland, die neue Arten in Afrika entdecken. Oft gelten Fachkundige aus dem glo-

balen Norden als Expert*innen für in Afrika heimische Arten.

Diese sogenannte Fallschirmwissenschaft hindert afrikanische Länder daran, das nötige Fachwissen zu entwickeln, um wissenschaftliche Kenntnisse zu sammeln, zu organisieren und zu bewahren. Wertvolles Wissen wird somit nur begrenzt genutzt. So wurden, weil es keine ständige Forschung vor Ort gibt, Veränderungen über die Zeit bei bestimmten Arten nicht verfolgt. Viele relevante wissenschaftliche Erkenntnisse sind heute verstreut, verloren oder gar nicht existent.

Die „Fallschirmwissenschaft“ erstreckt sich auch auf Strategien zur Erhaltung der Biodiversität und Klimaanpassung – oft entworfen von Entwicklungspartnern aus dem globalen Norden. Sie haben die Gelder, um mit afrikanischen Regierungen zu kooperieren und Strategien zu optimie-

ren, die vielleicht anderswo erfolgreich waren. Das funktioniert ähnlich schablonenhaft, wie wenn Berater*innen dieselbe Strategie leicht verändert auf verschiedene ökologische Regionen anwenden.

Warum kritisieren Sie das?

Beim Biodiversitätsschutz geht durch diesen Ansatz wertvolles lokales Wissen verloren – und die Möglichkeit, Handlungskompetenz und Verantwortungsbewusstsein aufzubauen. Forschende aus Afrika werden so nicht geschult, und es wird versäumt, Persönlichkeiten zu fördern, die visionär handeln und kulturell eingebettete Lösungen entwickeln können.

Dabei müssen die Kapazitäten in Afrika gestärkt werden. Wir müssen anfangen, auf Menschen zu setzen, die in Afrika leben, die lokale Sprache sprechen und die Kultur kennen, um ganzheitliche und lokale Lösungen zu entwickeln. Dazu muss die „Fallschirmwissenschaft“ überwunden werden.

An welchen Lösungen arbeitet Ihr Team?

Am Center of Excellence in Biodiversity and Natural Resource Management an der Universität von Ruanda bilden wir junge Forschende aus Ruanda und der Region aus. Sie lernen, die Artenvielfalt zu analysieren, Arten zu identifizieren und zu erklären,

warum sie wichtig sind. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Bioindikatoren. Das sind Arten, die man zur Überwachung von Umweltveränderungen heranziehen kann. Wenn etwa eine bestimmte, auf Verschmutzung empfindlich reagierende Art von Fröschen in einem Feuchtgebiet fehlt, ist das ein Indikator für ein ungesundes Ökosystem. Gleiches gilt für bestimmte Pflanzen- und Libellenarten.

Es ist essenziell, Fachleuten vor Ort beizubringen, wie sie Arten identifizieren und die Dynamik der Ökosysteme verstehen. Damit schließt sich auch der Kreis zur Landwirtschaft: Etliche neu entdeckte Arten sind wichtig für die Bodenfruchtbarkeit und die Leistungsfähigkeit der Pflanzen, von denen eine produktive Landwirtschaft abhängt.

Wodurch ist die Biodiversität in Subsahara-Afrika unmittelbar gefährdet?

Die Nachfrage nach Agrarflächen ist eine große Bedrohung. Armut und schnelles Bevölkerungswachstum erhöhen den Bedarf an Fläche für Landwirtschaft und Wohnraum. In Afrika wurden deshalb Wälder für Ackerland gerodet, was sich stark auf die Artenvielfalt auswirkt.

Der Konflikt zwischen biologischer Vielfalt und Landwirtschaft ist Ursache für die größten Probleme im Zusammenhang mit Biodiversität in Afrika. In Ruanda wird, wie fast überall in Afrika, das Land vor allem landwirtschaftlich genutzt. Idealerweise sollten Ernährungssicherheit und Biodiversität Hand in Hand gehen. Allerdings werden Wälder in noch nie da gewesenem Ausmaß für Landwirtschaft gerodet. Viele Länder setzen bei ihrer nationalen Agrarpolitik auf die Intensivierung der Landwirtschaft, um die Bevölkerung zu ernähren. Nahrung muss aber auch naturverträglich produziert werden. Auch führt die internationale Nachfrage nach Agrarprodukten aus Afrika zu mehr Monokulturen und einer Konzentration auf kommerziell profitable Sorten.

Problematisch ist auch der enorme Einsatz von chemischen Düngern und Pestiziden – oft undokumentiert und unreguliert. Wir wissen zu wenig darüber, wie und wo diese Chemikalien eingesetzt werden. Aber wir wissen, dass sie Süßwasser-Ökosysteme verschmutzen und Bestäubern schaden. Afrikanische Länder müssen zwar produktiver werden; aber mehr Landwirt-

schaft schadet, wenn sie nicht gut geplant ist, der menschlichen Gesundheit und der Biodiversität.

Was gefährdet darüber hinaus die biologische Vielfalt?

Durch den Ausbau von Infrastruktur, wie etwa Straßen, geht Lebensraum verloren, gibt es Konflikte zwischen Menschen und Wildtieren, sterben Tiere. Auch die damit zusammenhängende Verstädterung ist pro-

„In vielen Ländern Afrikas – und auch in anderen Teilen der Welt – kennen die Menschen einheimische Bäume oder Tiere in ihrer direkten Umgebung nicht mehr.“

blematisch. Aktuell sind die Folgen nicht so unmittelbar wie durch die Landwirtschaft, da die meisten städtischen Gebiete schon lange besiedelt sind. Eine gut geplante Urbanisierung kann grünes Wachstum ermöglichen und Biodiversität begünstigen.

Auch der illegale Handel mit Wildtieren ist ein großes Problem. Er wird befeuert durch die hohe Nachfrage nach diversen Arten von Vögeln, Säugetieren und Fischen, insbesondere aus den reichen Weltregionen. Nicht nur Schuppentiere, Elefanten und Nashörner sind dadurch vom Aussterben bedroht.

Welches Thema beschäftigt Sie als Biologin, Forscherin und Lehrerin besonders?

Mich beunruhigt, wie sehr sich die Menschen von der Natur entfernen. In vielen Ländern Afrikas – und auch in anderen Teilen der Welt – kennen die Menschen einheimische Bäume oder Tiere in ihrer direkten Umgebung nicht mehr. Der Eukalyptus etwa dominiert in vielen Ländern Afrikas die Landschaft; die wenigsten wissen aber, dass er aus Australien stammt. Ähnlich ist es beim Bambus, der für Aufforstung verwendet wird und oft aus China stammt.

Junge Menschen haben oft wenig Kontakt zu einheimischen Arten – außer in Schutzgebieten, die meist nur für Touristen zugänglich sind. Das gilt beispielsweise für Ruanda. In der Zentralafrikanischen Republik gibt es zwar noch viele Wälder, aber oft kaum noch Wildtiere. Durch die Entfrem-

dung von der Natur nimmt der Mensch weniger Rücksicht – ein Teufelskreis, der den Verlust der Biodiversität beschleunigt.

Tatsächlich wissen wir nicht einmal, welche Arten oder Sorten aussterben, da wir keine umfassende Liste afrikanischer Arten haben. Mit dem Interesse schwindet auch wertvolles Wissen, das mündlich überliefert wurde, insbesondere von Indigenen. Institute in den USA und Europa verfügen über wichtiges Wissen über die afrikanische Artenvielfalt, das Afrika auch bräuchte. Besonders auf lokaler Ebene wissen wir immer noch zu wenig. Aber was wir nicht kennen, können wir auch nicht wirksam schützen.

Welche Lösungen gäbe es?

Auf politischer Ebene muss mehr getan werden, um innovative Wege zur Verbesserung der Biodiversität zu finden. Um Ernährungssicherheit zu erreichen, müssen wir herausfinden, wie ein Flickenteppich zusammenhängender Landschaften geschaffen werden kann, der sowohl der Biodiversität als auch den menschlichen Bedürfnissen zugutekommt.

Auf der individuellen Ebene sollten die Menschen wieder eine stärkere Beziehung zur Natur um sie herum eingehen. Um das zu tun – und zugleich die Wissenschaft voranzubringen –, könnte man all die faszinierenden Arten, die in Afrika vorkommen, katalogisieren und eine Datenbank aufbauen. Einzigartige Spezies und ihre Bedeutung hervorzuheben, kann bei den Menschen Interesse und Leidenschaft wecken.

Die Forschung zeigt, dass es die Menschen vor Ort braucht, um die Natur effektiv zu schützen. Sie müssen die Biodiversität ihrer Region kennen, sie nachverfolgen können, und bemerken, wenn sich etwas verändert. Politisch Verantwortliche sollten das bei ihren Planungen berücksichtigen. Es ist entscheidend, Wissen und Expertise auf lokaler Ebene aufzubauen. Wir können uns nicht nur auf die sogenannte Fallschirm- oder Hubschrauberwissenschaft verlassen.



BETH KAPLIN

ist Direktorin des Center of Excellence in Biodiversity & Natural Resource Management an der Universität von

Ruanda. Sie ist spezialisiert auf Naturschutz, Tropenökologie und Wechselwirkungen zwischen Pflanzen und Tieren.

b.kaplin@ur.ac.rw

PATRIARCHALE TRADITIONEN

Familienplanung mit Gottes Segen

Die hohe Kinderzahl hängt in Westafrika mit religiösen Normen zusammen. Geistliche können helfen, das Bevölkerungswachstum zu bremsen. Es gibt auch Priester und Imame, die sich entsprechend engagieren.

Von Leon Kirschgens

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung untersucht, welchen Einfluss Religionsgemeinschaften auf das Bevölkerungswachstum in Westafrika haben. Die gemeinsame Publikation der beiden Institutionen zum Thema schenkt Christentum und Islam wegen ihrer weiten Verbreitung besondere Aufmerksamkeit. Ihr zufolge begünstigen konservative religiöse Haltungen hohe Kinderzahlen und frühe Schwangerschaften.

Wandel ist aber möglich – und manche religiösen Führungspersonlichkeiten unterstützen ihn auch, wie die Studie aufzeigt. Afrikanische Geburtenraten sinken auch – allerdings langsamer, als es zuvor in anderen Weltgegenden der Fall war (siehe Mahwish Gul in E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2023/06).

Die Publikation nennt Familienplanung, Geschlechtergerechtigkeit und Mädchenbildung als elementare Werkzeuge, die Geburtenrate in Westafrika langfristig zu senken. Die gesellschaftliche Stellung von Frauen beeinflusst, wann und wie viele Kinder sie bekämen. In patriarchalen Strukturen sei für Frauen oft nur die Mutterrolle vorgesehen. Mädchen würden oft allenfalls zur Grundschule geschickt und könnten danach kaum ein selbstbestimmtes Leben führen. Verhütungsmittel würden vielfach grundsätzlich abgelehnt.

Säkularen Organisationen gelingt es angesichts der Stärke religiöser Glaubenssätze nicht, vorherrschende Überzeugungen nachhaltig zu ändern, wie die Publikation festhält. Fromme Menschen fürchteten, ihr Glaube solle untergraben werden.

Aus Sicht von Berlin-Institut und KAS sind theologische Argumente deshalb elementar, um für mehr Geschlechtergerechtigkeit, Familienplanung und niedrigere Geburtenraten zu sorgen. Auf die Geistlichen komme es an, weil in den meisten Gemeinschaften nur sie tiefsitzende Vorstellungen hinterfragen können. Sie können Bibel oder Koran geschlechtergerecht interpretieren. Sie können darüber aufklären, dass die



heiligen Schriften Familienplanung nicht ablehnen. Auf sie wird gehört, wenn sie Geschlechterrollen in Frage stellen und sich für mehr Bildung von Frauen starkmachen. Sie können mit Jugendlichen über Sexualität sprechen und sie dazu motivieren, Verhütungsmittel zu verwenden. Sie haben zudem Einfluss auf skeptische Eltern sowie Politiker.

Als Beispiel für das konstruktive Engagement eines Geistlichen führen die Autoren den Sultan von Sokoto an.

Das Oberhaupt von rund 90 Millionen Muslim*innen in Nigeria setzt sich aktiv für die Bildung von Mädchen ein und fordert Imame auf, das nicht nur ebenfalls zu tun – sondern auch skeptische Eltern und politisch Entscheidungstragende zu überzeugen. 2019 lancierte er die panafrikanische „Keeping Girls in School Conference“, die Führungspersonlichkeiten aus Islam, Christentum, indigenen Religionen sowie aus Politik und internationalen Organisationen einbezog.

Vorbildlich sei auch die seit 2011 tätige Ouagadougou-Partnerschaft. Sie werbe für die Nutzung von Verhütungsmitteln und kooperiere von Anfang an mit Geistlichen aller Glaubensrichtungen. So sei im frankophonen Westafrika eine Allianz religiöser Autoritäten entstanden.

Wichtig ist der Studie zufolge, dass Priester und Imame sich überregional austauschen, um Erfahrungen weiterzugeben, zweifelnde Kollegen zu überzeugen und selbst Unterstützung zu erfahren. Das geschehe etwa in Netzwerken wie Faith to Action, das Geistliche aus westafrikanischen Ländern und Gemeinden regelmäßig mit säkularen Organisationen zusammenbringt, um gemeinsam Strategien zu entwickeln. Noch fehle es nämlich sowohl den religiösen Gemeinschaften als auch ihren Führungspersonlichkeiten oft an Ressourcen, um den Wandel strukturell – etwa durch den Bau von Schulen – voranzubringen.

Die Studie schlägt deshalb vor, dass staatliche Entwicklungsprogramme religiöse Autoritäten stärker einbeziehen sollten. Das werde nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen verbessern, sondern auch helfen, die Geburtenraten in westafrikanischen Ländern langfristig zu senken.

LINK

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Konrad-Adenauer-Stiftung, 2022: Glaube in Aktion – Wie religiöse Organisationen den demografischen Wandel in Westafrika voranbringen.

https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/159_Glaube_in_Aktion/220208_Glaube_in_Aktion_WEB.pdf



LEON KIRSCHGENS

ist freier Journalist und lebt in Aachen.

leon@kirschgens.de



Karim Khan (rechts), Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, reiste in die Ukraine, um sich über Kriegsverbrechen zu informieren.

VÖLKERRECHT

„Bei den westlichen Staaten gibt es zu viele Widersprüche“

Als sich die BRICS-Staaten im August in Südafrika trafen, war Russlands Präsident Wladimir Putin nur digital zugeschaltet. Ihm drohte die Festnahme, weil der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag im März gegen ihn einen Haftbefehl erlassen hatte. Kai Ambos, Experte für Völkerrecht und Richter am Kosovo-Sondertribunal in Den Haag, sprach mit E+Z über den Haftbefehl und die Rolle des IStGH im internationalen Machtgefüge.

Kai Ambos im Interview mit Jörg Döbereiner

Der Haftbefehl des IStGH gegen Putin basiert auf dem Vorwurf, er sei verantwortlich für die Verschleppung ukrainischer Kinder nach Russland. Weshalb wird Putin gerade deswegen strafrechtlich verfolgt – und nicht etwa wegen der Invasion in die Ukraine?

Der IStGH ist in der Frage der Aggression nicht zuständig. Dafür müssten sowohl der Tatortstaat, die Ukraine, wie auch der Täterstaat, Russland, Vertragsstaaten des IStGH sein. Das ist bei beiden nicht der Fall. Es gäbe noch eine weitere Möglichkeit, über den UN-Sicherheitsrat, aber dort macht na-

türlich Russland von seinem Vetorecht Gebrauch.

Inwiefern liegt der Fall bei den Verschleppungsvorwürfen anders?

Hier konnte die Ukraine von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Zuständigkeit des IStGH anzuerkennen. Das hat sie mehrfach getan. Der Haftbefehl bezieht sich auf diesen konkreten Vorwurf vermutlich deshalb, weil die Beweislage relativ gut ist. Rein juristisch gesehen muss der Ankläger ermitteln, wenn ihm bestimmte Beweise vorliegen und er einen Tatverdacht hat, ungeachtet der Person oder der Erfolgchancen einer Festnahme. Ermittler des Strafgerichts oder der Anklagebehörde recherchieren dann selbstständig in der Ukraine. Die Anklagebehörde verlässt sich nicht auf Beweise von anderen. Das würde ihre Unabhängigkeit in Frage stellen.

Welche Auswirkungen hat der Haftbefehl gegen Putin? Er reiste im August nicht zum BRICS-Schwellenländer-Gipfel nach Südafrika, weil ihm dort Verhaftung drohte.

Putin muss damit rechnen, festgenommen zu werden, jedenfalls von Vertragsstaaten des IStGH, zu denen Südafrika zählt. Und auch bei Nichtvertragsstaaten besteht ein gewisses Risiko, dass sie ad hoc mit dem IStGH kooperieren. Über die Auswirkungen auf den Ukrainekrieg kann man nur spekulieren.

Wie stehen die Chancen des IStGH, die Verbrechen im Ukrainekrieg juristisch aufzuarbeiten?

Zunächst geht es darum, dass Gegenden, wo Straftaten stattfanden, für Ermittler zugänglich sind. Hier ist die Situation in der Ukraine besser als in manchen afrikanischen Staaten. In Südsudan oder in der DR Kongo ist es viel schwieriger, überhaupt ins Land zu kommen. In der Ukraine haben die Ermittler Zugang zu sehr vielen Tatorten und damit letztendlich auch zu sehr vielen Beweisen. In einem solchen bewaffneten Konflikt finden viele potenzielle Verbrechen statt. Es geht dann vor allem darum, eine Auswahl zu treffen.

Wie arbeiten die Ermittler?

Sie sprechen mit Zeugen und sichern die Tatorte forensisch. Zum Beispiel können sie Leichen exhumieren lassen, um zu erkennen, ob Exekutionen stattfanden. Zudem hat die sogenannte Digital Evidence, etwa Satellitenaufnahmen oder Beweismaterial

aus sozialen Netzwerken, erheblich an Bedeutung gewonnen. Diese vielen Informationen zusammenzuführen, ist eine große Herausforderung.

Der Kreml hat angekündigt, nicht mit dem IStGH kooperieren zu wollen. Welche Entwicklungen sind jetzt zu erwarten?

Die Beteiligten müssen darauf warten, dass der Haftbefehl gegen Putin vollstreckt wird. Das ist das Problem der Durchsetzung, des sogenannten enforcement, das ja ein Grundproblem des Völkerrechts ist. Parallel dazu ermittelt die Anklagebehörde weiter, auch zu anderen Taten. Schon morgen könnte ein anderer Haftbefehl folgen, sowohl gegen Putin als auch gegen andere Personen.

Könnte Putin auch in Abwesenheit verurteilt werden?

Nein, spätestens zum Hauptverfahren muss der Angeklagte in Den Haag sein, es gibt kein Abwesenheitsverfahren. In der Vergangenheit kam es aber auch durchaus überraschend zu Verhaftungen, etwa bei Slobodan Milošević und Radovan Karadžić, die im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg angeklagt wurden. Es ist also offen, wie das weitergeht.

Aus Afrika war in der Vergangenheit gegenüber dem Strafgerichtshof der Vorwurf des Rassismus zu hören: Es würden vor allem afrikanische Täter verfolgt, aber zum Beispiel mögliche Kriegsverbrechen im Irakkrieg nicht ausreichend berücksichtigt.

Dieser Vorwurf liegt lange Jahre zurück und kann inzwischen als überwunden gelten. Auch wenn er ernst zu nehmen war, war er in der Sache damals schon nicht gerechtfertigt. Schließlich waren es afrikanische Staaten, die die ersten IStGH-Verfahren selbst überwiesen haben, und der IStGH ist immer – mit Blick auf sein wichtiges Personal – auch und gerade ein afrikanisches Gericht gewesen. Zum Beispiel war die letzte Chefanklägerin, Fatou Bensouda, aus Gambia, und der letzte Präsident, Chile Eboe-Osuji, aus Nigeria. Auch sprechen afrikanische Regierungen nicht immer für die Zivilgesellschaft, aus der viel Unterstützung für den IStGH kommt.

Momentan habe ich umgekehrt den Eindruck, dass sich Vertreter afrikanischer Staaten wundern, wie stark der Westen und der IStGH in der Ukraine aktiv werden. Dort geht es um weiße Täter und weiße Opfer. Der Vorwurf lautet, dass demgegenüber zu

„Ein Staat wie die USA, der sich als Führer der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft sieht, müsste sich dem IStGH anschließen, mit aller Konsequenz.“

wenig im Hinblick auf Konflikte in Afrika geschehe. Tatsächlich gab es noch nie eine so große Unterstützung für ein Verfahren beim IStGH wie jetzt bei der Ukraine, aber vor allem afrikanische Staaten sehen das eher kritisch.

Die Einbindung Afrikas ist allerdings weniger ein Problem des IStGH als des gesamten politischen Prozesses rund um die Ukraine. Afrikanische Staaten vertreten hier eigene Interessen, die unter anderem mit Rohstoffimporten und militärischer Unterstützung aus Russland zu tun haben.

Viele einflussreiche Nationen sind keine Vertragsstaaten des IStGH, darunter die USA, China und Indien. Welche Rolle spielt das auf dem Weg zu einer sogenannten regelbasierten Weltordnung?

Das Konzept der „regelbasierten Weltordnung“ ist ein westliches, und es ist fragwürdig. Es stellt sich die Frage, über welche Regeln wir hier sprechen. Geht es um die universell geltenden Menschenrechte? Oder um die gerechte Verteilung von Wirtschaftsgütern, also die Weltwirtschaftsordnung? Hier haben ärmere Länder andere Interessen als reiche. Zudem steht der Vorwurf im Raum, dass sich der sogenannte Westen nicht an seine eigenen Regeln hält. Afrikanische Staaten nehmen sehr genau wahr, wenn Doppelstandards angelegt werden. Man darf auch nicht vergessen, dass das heutige Völkerrecht koloniale Wurzeln hat und sich davon nur langsam emanzipiert.

Wenn man eine regelbasierte Ordnung fordert, und das auch noch, wie Frau Baerbock es tat, in den USA, also im Zentrum eines wichtigen Regelverletzers, dann wird das nicht unbedingt goutiert in Staaten, die auch unter dem Imperialismus und den Doppelstandards der USA gelitten haben, sei es in Afrika, Lateinamerika oder Asien. Wir brauchen natürlich Regeln, das ist ganz klar. Und das Gewaltverbot ist eine Grundregel, vielleicht die wichtigste überhaupt. Aber es müssen sich dann eben auch alle an diese Regeln halten. Da gibt es leider bei den

westlichen Staaten zu viele Inkonsistenzen und Widersprüche. Es gibt aber auch die sogenannten realists, laut denen es in der internationalen Politik und im Völkerrecht ohnehin nur um Interessen geht und für die die Berufung auf Werte deshalb nur ein Lippenbekenntnis ist.

Was heißt das in Bezug auf den IStGH?

Einerseits wird er von den westlichen Staaten unterstützt, darunter die EU, Australien, Kanada, die Schweiz und andere. Aber die westliche Führungsmacht USA ist kein Vertragsstaat. Und sie verhält sich widersprüchlich. Unter Bush Junior und noch stärker unter Trump wurde der IStGH massiv attackiert und sogar sanktioniert. Die damalige Chefanklägerin Fatou Bensouda konnte, nachdem die Afghanistan-Ermittlungen eröffnet wurden, aufgrund der Sanktionen nicht einmal mehr zu den UN nach New York reisen. Wenn sich jetzt sowohl Republikaner als auch Demokraten positiver zum Gerichtshof äußern, sind sie damit nicht per se für den IStGH, sondern eher durch antirussisches Ressentiment motiviert. Nun ist der IStGH ein willkommenes Instrument, um gegen einen geopolitischen Erzrivalen zu ermitteln. Bezüglich anderer Ermittlungen, etwa gegen Israel, hat sich an der grundsätzlich kritischen Haltung der USA nichts geändert.

Sie fordern also mehr Konsistenz?

Absolut. Ein Staat wie die USA, der sich als Führer der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft sieht, müsste sich dem IStGH anschließen, mit aller Konsequenz. Das ist natürlich eine idealistische Forderung. Aber der Widerspruch, auch innerhalb der NATO, ist offensichtlich: Deutsche, britische oder französische Soldaten in internationalen Missionen unterliegen potenziell dem IStGH – aber nicht die US-Amerikaner, die neben ihnen dienen.

BUCH

Ambos, K., 2022: Doppelmoral – Der Westen und die Ukraine. Frankfurt a. M., Westend.



KAI AMBOS
ist Professor für Strafrecht und Völkerrecht an der Universität Göttingen und Richter am Kosovo-

Sondertribunal in Den Haag.
kambos@gwdg.de



Überflutete Landstraße in der Provinz Sindh im September 2022.

INFRASTRUKTUR

Wassermanagement für die Zukunft

Pakistan droht eine Wasserkrise, die die Ernährungsunsicherheit verschlimmern könnte. Auch politische und wirtschaftliche Instabilität erschweren die Lage. Die Regierung geht die Probleme an, aber das reicht nicht.

Von **Abdur Rehman Cheema**

Die Landschaft in Pakistan ist in weiten Teilen zerklüftet, vom Himalaya und dem Karakorum-Gebirge bis hin zu Wüsten und trockenen Ebenen. Das Land ist geografisch unwirtschaftlich und ökologisch anfällig – beides macht es schwer, die wachsende Bevölkerung zu ernähren. So erschweren etwa das trockene Klima und unvorhersehbare Witterungsbedingungen den Ackerbau. Und es fehlt an Infrastruktur, um landwirtschaftliche Erzeugnisse zum Markt zu transportieren.

Im Welthunger-Index 2022 liegt Pakistan auf Platz 99 von 121 Ländern. Die drohende Wasserkrise könnte die Ernährungsunsicherheit verschärfen. Durch den Klimawandel werden Wetterextreme häufi-

ger und heftiger, 2022 etwa gab es verheerende Überschwemmungen.

Pakistan ist auch anfällig für Erdbeben und Dürren – meist benötigen nach solchen Katastrophen Hunderttausende von Menschen Nothilfe im Hinblick auf Wasser- und Abwasserversorgung. Hinzu kommen klima- und konfliktbedingte Binnenmigration und Vertreibung sowie eine Wirtschaftskrise, mit der die Regierung überfordert ist. Die Behörden haben Mühe, Nahrungsmittelknappheit und Inflation zu kontrollieren, um die Lebensgrundlagen wiederherzustellen.

Der Country and Climate Development Report der Weltbank von 2022 sagt Pakistan eine düstere Zukunft voraus, wenn nicht bald etwas geschieht gegen Klimawandel und Umweltzerstörung. Der Bericht prognostiziert, dass das jährliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2050 um 18 bis 20 Prozent pro Jahr sinken könnte, wenn das Land nicht schnell handelt. Allein die Wasserknappheit in der Landwirtschaft könnte das BIP um mehr als 4,6 Prozent schrumpfen lassen. Pakistan hatte 2020 die

niedrigste Wasserproduktivität in Südasien. Die Ärmsten trifft Wassermangel besonders hart.

Der Zugang zu sicherem Wasser und Sanitäreinrichtungen ist begrenzt, und sowohl der Klimawandel als auch die voranschreitende Verstädterung verschlimmern die Lage. Selbst in manchen Gesundheitszentren und Schulen gibt es oft keine adäquate Wasser- und Sanitärinfrastruktur. Das ist für Mädchen besonders problematisch, vor allem während ihrer Menstruation.

DURCHFALLERKRANKUNGEN GRASSIEREN

Laut UNICEF defäkieren 25 Millionen Menschen in Pakistan im Freien – das ist eine der Hauptursachen für durch Wasser übertragene Krankheiten. UNICEF schätzt, dass 70 Prozent der Menschen bakteriell verunreinigtes Wasser nutzen müssen. Jährlich sterben daher rund 53 000 Kinder unter fünf Jahren an Durchfallerkrankungen. Kinder, die wiederholt an Durchfall erkranken, verpassen außerdem Unterricht oder brechen sogar die Schule ab. Durchfallerkrankungen können auch zu Wachstumsstörungen führen; von Letzterem sind fast 44 Prozent der Kinder in Pakistan betroffen: Sie wachsen und entwickeln sich nicht altersgemäß.

Pakistans nationale Wasserstrategie von 2018 ist schwer umsetzbar. Es geht darin unter anderem um Wasserinfrastruktur, institutionelle Kapazitäten und politischen Willen. Besonders drängend ist das Fehlen angemessener Wasserspeicher – so wird so-

wohl bei Dürren als auch bei Überschwemmungen das Wasser knapp. Ineffiziente und veraltete Bewässerungssysteme, die viel Wasser verschwenden, verschärfen den Mangel.

Das Land ist institutionell zu schwach, um seine Wasserstrategie umzusetzen. Darin wird die Einrichtung eines Nationalen Wasserrats und einer Nationalen Behörde zur Wasserregulierung gefordert, die das Wassermanagement überwachen und garantieren sollen, dass die politischen Leitlinien eingehalten werden. Die Regierung hat aber sehr dabei geträgelt, diese einzurichten, und auch versäumt, ihre Zuständigkeiten und Aufgaben genau zu definieren.

Auch der politische Wille spielt eine wichtige Rolle. Die Wasserstrategie fordert weitreichende Reformen beim Management von Wasserressourcen. Beispielsweise sollen die Grundwasserentnahme reguliert und Maßnahmen zum Wassersparen gefördert werden. Mit politischem Widerstand ist aber zu rechnen, insbesondere aus den einflussreichen Lobbys für Landwirtschaft und Industrie.

INVESTITIONEN REICHEN NICHT AUS

Die pakistanische Regierung hat mehrere Initiativen gestartet, um Ernährungssicherheit zu stärken und die Wasserkrise anzugehen. Dazu gehört, in die Bewässerungsinfrastruktur zu investieren, kleinbäuerliche Betriebe zu unterstützen und neue Dämme und Stauseen zu bauen. Es braucht jedoch viel mehr, damit Pakistan mit seiner schnell wachsenden Bevölkerung, kargen Landschaft und Klimaanfälligkeit fertigwerden kann.

Zu den Hauptproblemen in der Wasserwirtschaft zählen mangelnde Transparenz und Rechenschaftspflicht. In mehreren Teilen Pakistans wurde über Korruption und Vetternwirtschaft bei der Wasserverteilung berichtet, besonders bei großen Bewässerungsprojekten. Das untergräbt die effiziente Nutzung der Wasserressourcen und verschärft soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten. Kleinbäuerliche Betriebe und marginalisierte Gemeinschaften haben oft kaum Zugang zu Wasser.

Andere Schwachstellen der pakistanischen Wasserpolitik sind fehlende Regulierung und Durchsetzung von Gesetzen und Strategien. Die nationale Wasserstrategie und verschiedene Rahmenvereinbarun-



gen für die Wasserbewirtschaftung in den Provinzen werden unzureichend und uneinheitlich umgesetzt. Die Regulierung ist zersplittert und oft widersprüchlich – zahlreiche Behörden und Interessengruppen haben keine klare Rolle und Verantwortlichkeiten.

Um die Herausforderungen der schwachen Wasserbewirtschaftung in Pakistan zu bewältigen, müssen alle Beteiligten kooperieren – auch Regierung, zivilgesellschaftliche Organisationen und der Privatsektor. Sie sollten in die Entwicklung institutioneller Kapazitäten investieren, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Wasserwirtschaft fördern und eine wirksame Regulierung und Durchsetzung von Wassergesetzen und -strategien sichern.

In Pakistan ist die Klimakrise vor allem eine Wasserkrise. Sie ist unvermeidbar, aber durch eine schnelle Anpassung könnte Pakistan die Schäden zumindest begrenzen. Die Uhr tickt – und je länger wir warten, desto schlimmer wird es.

DER WEG IN DIE ZUKUNFT

Auf der Pakistan Water Week 2022 in Islamabad gaben Fachleute fünf Empfehlungen zur Verbesserung der pakistanischen Wasserwirtschaft ab:

1. Politische Entscheider sollten besonders die für die Wasserbewirtschaftung zuständigen Institutionen stärken – indem sie ihnen notwendige Ressourcen und Schulungen zur Verfügung stellen, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Auch Investitionen in die Wasserinfrastruktur, inklusive Abwasserentsorgung, müssen ins Zentrum rücken. Öffentliche Investitionen sollten zivilgesellschaftliche Bemühungen ergänzen.

2. Eine effiziente Dezentralisierung ist notwendig. Die pakistanischen Provinzre-

gierungen sollten vorangehen bei der Umsetzung von Initiativen zur Verbesserung von Wasserspeichern, zum Wassersparen, zum Recycling und zur Wiederverwendung gemäß ihren eigenen Bedürfnissen.

3. Technologien sollten dazu verwendet werden, um Vertrauen und Transparenz zu schaffen. Die Provinzen sollten automatisch Daten zum Wasserfluss austauschen. Entscheidungen über die Zuteilung, Nutzung und Bewirtschaftung von Wasser sollten sich an datengestützten Erkenntnissen orientieren.

4. Journalismus zu Wasser- und Klimathemen sollte besser finanziert werden. Einflussreiche Medienbesitzer müssen darauf aufmerksam gemacht werden, wie drastisch die Wasser- und Klimakrise ist.

5. Frauen und Jugendliche sollten in die Debatten über Wasser und den Wassersektor auf nationaler und Provinzebene einbezogen werden. Beide Gruppen spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Wassernutzung, jetzt und in der Zukunft.

Zudem muss Pakistan das Thema Wasser bereits in diesem Jahr, das noch ein Wahljahr werden kann, als nationale Sicherheitsfrage behandeln. Wenn die Bürger*innen Wassersicherheit als integralen Bestandteil der wirtschaftlichen Sicherheit sehen und politische Parteien dazu bringen, im Wahlkampf Reformen und Investitionen im Wassersektor zu versprechen, könnte dies eine Chance sein, diese Parteien zur Verantwortung zu ziehen, sobald sie an der Macht sind. Wenn Institutionen und politische Entscheidungsträger*innen effektiv kooperieren, können sie negative Auswirkungen der Wasserproblematik für Mensch und Wirtschaft verringern.

Pakistan ist für weniger als ein Prozent der globalen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, seine Klimaanfälligkeit ist also unverhältnismäßig hoch. Angemessene Klimafinanzierung und andere Formen der Unterstützung würden dem Land dabei helfen, diese Themen anzugehen, resilienter zu werden, und auf globaler Ebene dazu beizutragen, den Klimawandel und seine Folgen anzugehen.



ABDUR REHMAN CHEEMA
hat an der Massey University
in Neuseeland promoviert und
war Chevening-Postdoc-
Stipendiat in Oxford.

rehmancheema@gmail.com



Afghanische Frauen fordern ihr Recht auf Bildung und Arbeit in Masar-e-Sharif.

AFGHANISTAN

Das zweite Emirat der Taliban

In ihrer zweiten Herrschaft zeigen sich die Taliban in einigen wenigen Bereichen moderater. Das liegt an verschiedenen Faktoren, darunter internationalen Erwartungen und eine selbstbewusstere afghanische Gesellschaft. Ein Grund für Optimismus ist das nicht.

Von Felix Kugele

Seit nunmehr zwei Jahren beherrschen die Taliban im Namen ihres „Islamischen Emirats“ erneut Afghanistan. Der von den USA geleitete Versuch, das Land zu befrieden und aufzubauen, ist kläglich gescheitert.

Die Perspektiven auf dieses zweite Emirat variieren jedoch. Vielen scheint die Schreckenszeit des ersten Talibanemirats zwischen 1996 und 2001 zurückgekehrt. Internationale Medien berichten von zahlrei-

chen außergerichtlicher Festnahmen und Hinrichtungen. Das betrifft insbesondere ehemalige Ortskräfte ausländischer Streitkräfte.

Während der ersten Talibanherrschaft kam es bereits zu schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen, unter denen besonders Frauen und Mädchen sowie ethnische und religiöse Minderheiten litten. Dem zugrunde lag eine grotesk reduktive Mischung aus zeitgenössischem islamischen Fundamentalismus und Führerkult. Kritik wurde abgelehnt, Kompromisse waren unmöglich.

Nun äußern manche Afghan*innen jedoch Hoffnung, dass die aktuell herrschenden Taliban nicht dieselben seien wie damals. Tatsächlich liefen im Vergleich zu den neunziger Jahren schon die ersten Tage der Machtübernahme glimpflicher ab. Während

die siegreichen Taliban 1996 als eine ihrer ersten Handlungen den früheren Präsidenten Najibullah und dessen Bruder zu Tode folterten und die Leichen öffentlich zur Schau stellten, kamen im August 2021 Vertreter der geschlagenen Republik mit den neuen Machthabern zu Gesprächen zusammen. Ergebnisse lieferten diese Gespräche jedoch nicht.

Auch in der Bildungspolitik gibt es Unterschiede. Während des ersten Talibanregimes fand praktisch gar keine Mädchen- und Frauenbildung mehr statt. Aktuell können Mädchen bis zur sechsten Klasse zur Schule gehen. Zur Universität sind Frauen jedoch seit Ende 2022 nicht mehr zugelassen.

Zunächst durften Frauen weiter für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) arbeiten. Ende 2022 wurde dies ebenfalls durch Talibanführer Akhundzada verboten. Teilweise sind die Taliban diesbezüglich aber weiter zu Kompromissen zu bewegen, etwa was die Duldung weiblicher Berufstätigkeit in Krankenhäusern anbelangt. Seit Juni 2023 dürfen NGOs auch keine Schulen mehr betreiben. Im Juli schlossen die Taliban zudem alle Schönheitssalons als letzte Orte, an denen Afghaninnen noch selbstständig arbeiten konnten.

IMMER WIEDER DEMONSTRATIONEN

Wirklich neu ist, dass die Betroffenen dies nicht mehr widerstandslos mit sich geschehen lassen. Seit der Machtübernahme kommt es immer wieder zu Demonstrationen von Frauen, die dabei häufig sogar ihre Gesichter zeigen – damals wie heute klar verboten.

Die mutigen Demonstrantinnen riskieren dabei sehr viel, und die Proteste werden immer wieder gewaltsam aufgelöst. Im ersten Talibanregime wären solche Aktionen allerdings völlig undenkbar gewesen, da Frauen damals selbst mit kleinsten Brüchen des geltenden Rechts schwerste Strafen – bis hin zum Tod – nicht nur für sich, sondern auch für ihre Ehemänner riskierten.

Männer haben unter den neuen Machthabern mehr Freiheiten. Sie setzen Frisur- und Kleidungsregeln für sie nicht mehr überall komplett um. Zumindest in größeren Städten sind rasierte oder westlich gekleidete Männer weiterhin zu sehen. Zudem wird die Ausübung von Mannschaftssport anders als früher weitgehend

geduldet, und Gebetszeiten werden nicht mehr rigoros durchgesetzt.

Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass die Taliban die Darstellung von Lebewesen in Medien neuerdings dulden. Galt früher ein striktes Verbot der Darstellung von Menschen, das teilweise selbst für Tierabbildungen galt, sind heute Foto- und Vi-

Taliban erkennen, dass sie sich extrem unbeliebt gemacht hatten. Hinzu kommt, dass die Globalisierung auch vor Afghanistan nicht Halt gemacht hat und sich die Taliban damit auseinandersetzen müssen.

Tausende Taliban – insbesondere Kommandeure – verbrachten in den zwanzig Jahren zwischen den beiden Emiraten

finden zwar gelegentlich weiterhin statt, werden aber schneller und härter aufgelöst.

Schließlich könnte es auch die afghanische Gesellschaft selbst sein, die sich modernisiert hat und die Taliban zwingt, sich daran anzupassen. Eine ganze Generation ist in relativ hoher politischer Freiheit aufgewachsen, gut ausgebildet und hat dank der Anstrengungen nationaler und internationaler NGOs am Aufbruch einer Zivilgesellschaft teilgenommen.

Tatsächlich scheint diese These der Wahrheit am nächsten zu kommen. Die Taliban trafen 2021 auf eine selbstbewusstere, moderne Bevölkerung, die mit großem Mut

„Im Zuge ihrer Niederlage 2001 mussten die Taliban erkennen, dass sie sich extrem unbeliebt gemacht hatten. Hinzu kommt, dass die Globalisierung auch vor Afghanistan nicht Halt gemacht hat und sich die Taliban damit auseinandersetzen müssen.“

für ihre Interessen entsteht. Während sicherlich so mancher Vertreter der Taliban heute reflektierter auftritt als früher, zeigt sich zunehmend, dass neue Freiheiten nicht dem Großmut der Taliban zu verdanken sind, sondern immer wieder erstritten werden mussten.

Dies ist kein Grund für Optimismus. Der Raum der Zivilgesellschaft wird hart eingeschränkt. Die Taliban bleiben eine totalitäre, gewaltverherrlichende Bewegung ohne nachhaltigen Reformwillen. Weiterhin verüben sie schwerste Menschenrechtsverletzungen.

Dennoch lässt sich festhalten, dass sich selbst die Taliban gewissen mäßigen Einflüssen nicht verschließen konnten. Externe Akteure sollten daher sicherstellen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles dafür zu tun, dass die afghanische Gesellschaft weiterhin resilient bleibt.



FELIX KUGELE
hat in Afghanistan für eine internationale humanitäre Organisation gearbeitet.
felixkugele@yahoo.com



Vermummte Schaufensterpuppen sind ein Symbol für die Herrschaft der Taliban in Afghanistan.

deoaufnahmen von Personen zumindest in Nachrichtensendungen sowie den eigenen Propagandaerzeugnissen der Taliban allgegenwärtig. Selbst von afghanischen Youtuberinnen lassen sich die früheren Kämpfer immer wieder gerne interviewen.

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze zu diesem in Teilen moderateren Verhalten der Taliban in Bezug auf die Umsetzung ihrer Regeln in der Praxis. In ihrer aktuellen Selbstdarstellung bleiben sie eher vage: „Wenn es um unsere Ideologie und unseren Glauben geht, so gibt es keinen Unterschied. Aber im Hinblick auf Erfahrung, Reife und Vision gibt es große Unterschiede im Vergleich zu vor zwanzig Jahren“, so Taliban-sprecher Zabihullah Mujahid in seiner ersten Pressekonferenz nur wenige Tage nach dem Umsturz.

Diese Transformation ist plausibel. Im Zuge ihrer Niederlage 2001 mussten die

jährlich mehrere Monate in Pakistan. Das Land ist zwar selbst von islamischem Fundamentalismus geprägt, aber Mädchenbildung, ein Mehrparteiensystem und ein leidlich funktionierendes Rechtswesen sind fast flächendeckend verbreitet. Berichten zufolge haben nicht wenige Kommandeure ihre Töchter heimlich in Pakistan eingeschult. Auch diese Erfahrungen beeinflussten die Machthaber offenbar.

Es ist gleichzeitig wahrscheinlich, dass das moderatere Vorgehen der Talibanführung Teil ihrer Strategie ist. Viele Beobachter befürchten, dass sie sich derzeit damit noch Anerkennung und Hilfgelder von den reichen Nationen der Welt erhoffen, und nach dieser Phase zur alten Brutalität zurückkehren könnten. In der Tat ist zu beobachten, dass zum Beispiel die Bewegungsfreiheit von Frauen wieder stärker eingeschränkt wird. Demonstrationen

Frauen zur Krebsvorsorge ermutigen

Gebärmutterhalskrebs stellt eine große Gesundheitsgefahr für Frauen dar. In Malawi besteht für viele Frauen ein erhöhtes Sterberisiko, da sie aus verschiedenen Gründen nicht zur Früherkennung und Behandlung gehen.

In Malawi wird jedes Jahr bei etwa 3700 Frauen Gebärmutterhalskrebs diagnostiziert, 2300 sterben daran. Für die hohe Sterblichkeitsrate sind mehrere Faktoren verantwortlich. „Religion und Kultur gehören zu den Gründen, weshalb Frauen nicht ins Krankenhaus gehen und sich auf Gebärmutterhalskrebs untersuchen lassen wollen“, sagt George Jobe, Geschäftsführer des Malawi Health Equity Network.

Er erklärt, dass viele Frauen eine negative Einstellung zur Krebsvorsorge hätten: „Die meisten warten, bis der Krebs fortgeschritten ist und sie geschwächt hat, bevor sie medizinische Hilfe in Anspruch nehmen.“ Er meint, dass vor allem reiche Frauen die Krankheit verleugneten, weil sie denken, dass Gebärmutterhalskrebs etwas ist, das Arme betrifft.



Jobe, der auch Vorsitzender der Universal Health Coverage Coalition ist, fordert Männer auf, sich über Gebärmutterhalskrebs und seine Gefahren zu informieren, damit sie Frauen dazu ermutigen können, sich untersuchen und behandeln zu lassen. „Das Bewusstsein sollte auch den Gemeindevorstehern und anderen lokalen Führungspersonlichkeiten vermittelt werden, damit auch sie wissen, warum Krebsvorsorgeuntersuchungen wichtig sind. Die Vorsteher spielen in Gesundheitsfragen eine entscheidende Rolle“, erklärt er.

Vielen Frauen ist es auch unangenehm, dass die Untersuchungen von männlichen Gesundheitshelfern durchgeführt werden. In diesem Fall wäre es sehr hilfreich, wenn die Krebsvorsorgezentren weibliches Personal für die Untersuchungen einsetzen würden.

Anifa Chimaliza, eine Gesundheitsberaterin im Mitundu-Gesundheitszentrum in Lilongwe, sagt, dass die meisten Frauen sich auf ihre Religion verließen und keine medizinische Hilfe in Anspruch nehmen wollten. Sie erklärt, dass sich viele Frauen aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen weigerten, sich impfen zu lassen, obwohl eine Impfung die Wahrscheinlichkeit zu erkranken erheblich verringern würde.

Manchmal beeinflussen auch Hörensagen und Gerüchte die Einstellung zur Schulmedizin. Loyce Kajawa, eine 35-jährige Mutter von zwei Kindern, sagt, sie wisse zwar um die verschiedenen Krebsarten, an denen Frauen leiden können. Sie habe sich aber noch nie auf Krebs untersuchen lassen: „Ich habe von anderen Frauen gehört, dass die Untersuchung schmerzhaft ist. Deshalb habe ich Angst davor.“

Kajawa, die mit ihrer 68-jährigen Mutter am Stadtrand von Lilongwe lebt, sagt, dass sie von Frauen im Dorf weiß, die an Krebs erkrankt und gestorben sind. Allerdings seien sie nach Ansicht einiger ihrer Familienmitglieder „verhext“ worden.



RAPHAEL MWENINGUWE
ist freier Journalist in
Malawi.
[raphael.mweninguwe@
hotmail.com](mailto:raphael.mweninguwe@hotmail.com)

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.09.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

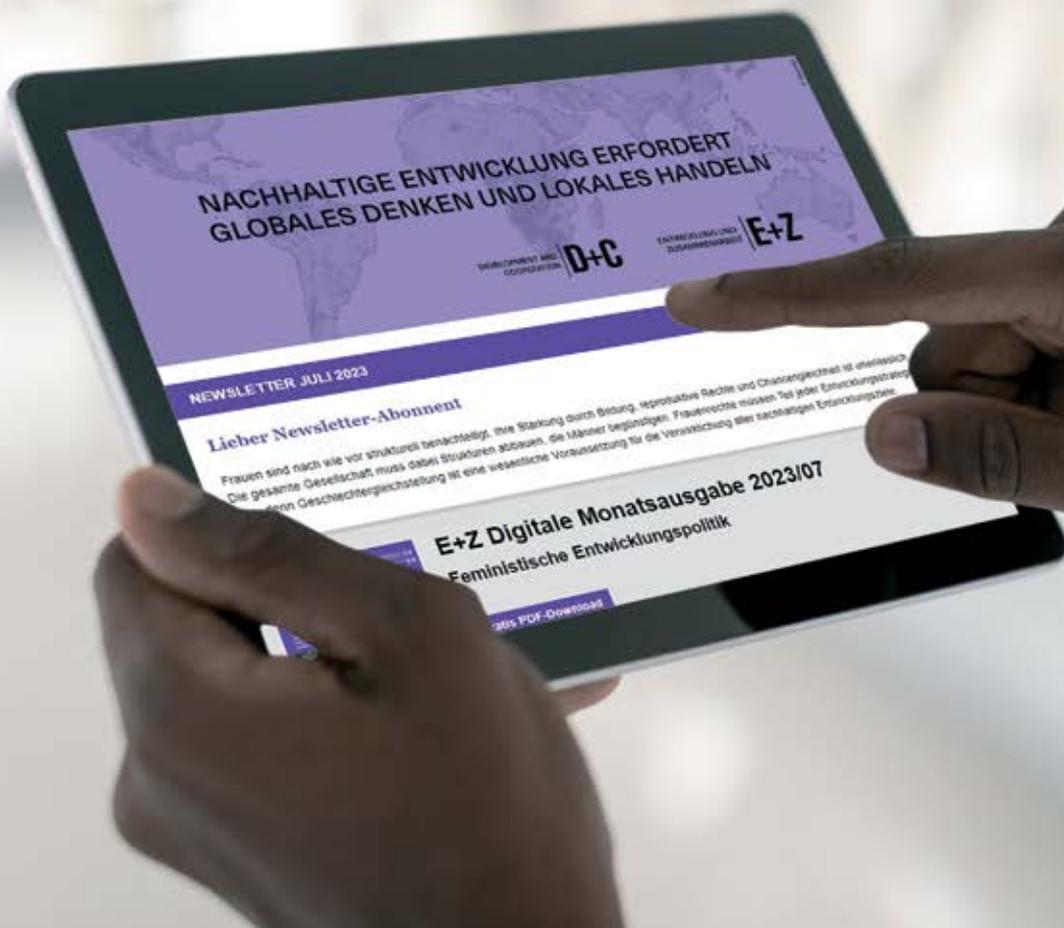
DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.





Klimademonstration in Nairobi am ersten Tag des Gipfels.

KLIMADIPLOMATIE

Es muss mehr passieren

Der Afrika-Klimagipfel in Nairobi Anfang September war eine gute Gelegenheit für die afrikanischen Länder, eine gemeinsame Agenda auszuarbeiten. Regierungen nutzten die Chance, gaben zivilgesellschaftlichen Organisationen aber nicht die nötige Aufmerksamkeit.

Von Abigael Kima

Das Gipfeltreffen, ausgerichtet von Kenias Regierung und Afrikanischer Union, war das erste seiner Art. Es half, die afrikanische Sichtweise im Vorfeld des UN-Klimagipfels in Dubai im Dezember zu klären. Kenias Präsident William Ruto hatte sich schon im Vorfeld als Klimavorreiter profiliert. Es war keine Überraschung, dass das Hauptthema in Nairobi grünes Wachstum war.

Afrika wird in der Klimakrise oft als Opfer dargestellt. Der Beitrag des Kontinents zu den weltweiten Treibhausgasemissionen liegt unter vier Prozent, aber seine Länder leiden stark unter den Auswirkungen. Ihre Anpassungsmöglichkeiten sind begrenzt. Der Gipfel rückte stattdessen aber das Potenzial Afrikas, Lösungen zu entwi-

ckeln und Einigungen zu erzielen, in den Fokus. Regierungsvertreter nutzten die Gelegenheit.

Doch nicht alle waren gleichermaßen zufrieden. Zivilgesellschaftliche Organisationen, indigene Gruppen und junge Menschen wollten mehr. Am ersten Gipfeltag demonstrierten sie in Kenias Hauptstadt. Die teilnehmenden Gruppen meinen, dass die Agenda der Regierungen der Klimagerechtigkeit nicht wirklich dient.

Für zusätzliche Frustration sorgte, dass der Zugang zum offiziellen Gipfel begrenzt war. Wichtige Stimmen wurden nicht zugelassen. Viele waren von weit her nach Nairobi gereist, konnten dann aber nicht am Gipfel teilnehmen und ihre Sicht einbringen. Ärmere Bevölkerungsgruppen, die am stärksten unter den Klimafolgen leiden, blieben abermals ausgegrenzt.

NGOs ärgerte, dass der CO₂-Handel im Mittelpunkt der Verhandlungen stand. Dieser Ansatz ermöglicht es den größten Verschmutzern, weiterhin Emissionen ausstoßen, solange sie denn zahlen. Zudem tritt dadurch der dringend benötigte Fonds für Klimaschäden in den Hintergrund. Ver-

schiedene westliche Regierungen machten Zusagen für die Africa Carbon Markets Initiative – in der Hoffnung, Finanzströme auf den Kontinent zu lenken. Firmenchancen zu verbessern reicht aber nicht, einer nachhaltigeren Zukunft näher zu kommen. Klimagerechtigkeit erfordert mehr.

Ein weiteres zentrales Thema waren sogenannte grüne Mineralien, die für nachhaltige Techniken wie Solarenergie, Elektroautos und grünen Wasserstoff nötig sind. Der Mo Ibrahim Foundation zufolge verfügt Afrika über 30 Prozent der weltweiten Vorkommen. Um den erwarteten Anstieg der weltweiten Nachfrage zu decken, muss die Produktion von Lithium, Graphit, Kobalt et cetera bis 2050 um fast 500 Prozent steigen. Ohne Afrikas Ressourcen geht das nicht. Rohstoffgewinnung ging aber oft mit zerstörten Landschaften, Verteilungskriegen und hartnäckiger Armut einher. Derlei wurde in Nairobi nicht angegangen.

Die auf dem Gipfel verabschiedete „Nairobi Declaration“ ist allerdings nicht nutzlos. Sie würd Afrikas Position in Dubai prägen und betont wichtige Dinge wie die Reform der internationalen Finanzarchitektur. Sie schlägt sogar eine globale CO₂-Steuer vor. Diese Themen sind wichtig, weil das derzeitige globale System Afrika benachteiligt. Auch das Ziel, in Afrika die Kapazitäten für erneuerbare Energien bis zum Ende dieses Jahrzehnts zu verdreifachen, ist richtig – um die Lage marginalisierter Gruppen zu verbessern und einen Beitrag zur globalen nachhaltigen Energieversorgung zu leisten.

Es muss jedoch mehr geschehen, um arme Menschen zu unterstützen. Das fordert die junge Generation. Im Vorfeld des Gipfels trafen sich auf der Africa Youth Climate Assembly über 600 Delegierte aus ganz Afrika. Der anschließende offizielle Gipfel hat zwar nicht alle unsere Erwartungen erfüllt, aber er war ein Schritt in Richtung des Afrikas, das wir wollen. Wir fordern – und stehen selbst für – eine grüne Transformation zu Netto-Null-Emissionen, wie sie die Menschheit braucht. Wir werden weiter darum kämpfen, Gehör zu finden.



ABIGAE KIMA
ist eine kenianische
Klimaaktivistin und
Produzentin des Hali Hewa
Podcasts.

abigaekima@gmail.com

FRANKOPHONES AFRIKA

Ernsthaftes Imageproblem

In der Sahelzone und anderen Teilen Afrikas ist der Unmut gegen die frühere Kolonialmacht Frankreich groß. Präsident Emmanuel Macrons Versuch, die Beziehungen wiederherzustellen, ist gescheitert.

Von Karim Okanla

Am südlichen Rand der Sahara und auch andernorts in Afrika gilt Frankreich zunehmend als geschwächte europäische Macht, die sich in Angelegenheiten anderer Länder einmischt. Viele sehen Frankreich als Importeur natürlicher Ressourcen, der sich bei dubiosen Machthabern einschmeichelt und manchmal mit massiver Militärgewalt interveniert.

Mehrere Militärputsche im frankophonen Westafrika haben gezeigt, dass der französische Einfluss schwindet. Guinea, Mali, Burkina Faso und Niger werden heute von Generälen regiert, die sich nicht mehr auf Frankreich verlassen wollen.

Im September gab es einen weiteren Militärputsch – in Gabun. Das Land ist ein Beispiel dafür, wie dubiose Geschäfte mit korrupten Politikern jahrzehntelang französischen Interessen dienen. Multinationale französische Konzerne wie das heutige TotalEnergies dominierten die Ölindustrie 50 Jahre lang, während die Familie Bongo herrschte. Omar Bongo war vier Jahrzehnte Präsident; sein Sohn Ali Bongo Ondimba wurde kürzlich abgesetzt, nachdem er sich zum Sieger einer fragwürdigen Wahl erklärt hatte.

Vor seinem Tod erklärte der skandalumwitterte Omar Bongo öffentlich, er habe Wahlkampagnen französischer Politiker finanziell unterstützt, weil er kein Risiko eingehen wollte und „Freunde, keine Feinde“ brauchte. Er gab zu, ihnen generell gegeben zu haben, „was sie verlangten“. So etwas erzürnt die Menschen in Afrika. Sie sehen, wie eine Koalition aus ihren eigenen Führern und deren französischen „Freunden“ ihre Länder plündert.

Ähnliches gilt für die Sahelzone, aus der Frankreich wertvolle Ressourcen bezieht, etwa Uran aus Niger. Viele glauben,

französische Truppen seien dort nur stationiert, um solche Geschäfte zu sichern. Die Menschen sind frustriert, nicht zuletzt, weil Frankreich sein Versprechen, sie vor Unruhen und Terrorismus zu schützen, nicht hielt. Die Sicherheitslage verschlechterte sich weiter, und französische Soldaten wurden als arrogant und gewalttätig wahrgenommen.

Frankreich wird auf Social Media sogar vorgeworfen, mit islamistischen Terroristen zu kooperieren. Das ist sicherlich falsch, aber Nutzer*innen prüfen selten Fakten, und die Plattformen moderieren Inhalte kaum.

Vor Jahren versprach Präsident Emmanuel Macron das Ende der „Françafrique“ – des anhaltenden Einflusses von Paris in ehemaligen Kolonien südlich des Mittelmeers. Sein Versuch eines Neustarts der Beziehungen ist jedoch gescheitert. Er wird als arrogant wahrgenommen, auch in Frankreich selbst. Als die französische Polizei im Sommer brutal gegen antirassistische Proteste in Paris vorging, kam das Bürger*innen in frankophonen Ländern nur allzu bekannt vor. Macron eckt an mit seiner neokolonialen Haltung, etwa wenn er der ECOWAS (Economic Community of West African States) sagt, was zu tun sei.

Antifranzösische Haltungen traten beim Putsch in Niger im Juli vehement zutage. Ein wütender Demonstrant sagte:

„Die Briten und Portugiesen haben Afrika vor vielen Jahrzehnten verlassen. Was machen die Franzosen noch hier?“ Ein anderer meinte: „Frankreich ist nicht länger in der Position, unsere korrupten Führer zu manipulieren und gegen den Willen des Volkes an der Macht zu halten.“

Viele hoffen auf eine Zusammenarbeit mit China, Russland oder den Golfstaaten und sehen im russischen Präsidenten Wladimir Putin einen starken Mann, der Afrika dabei unterstützen will, postkolonialer Herrschaft zu entkommen. Dabei ignorieren sie:

- wie repressiv Putins Regime im eigenen Land ist,
- dass es einen imperialistischen Krieg in der Ukraine führt und
- dass russische Söldner in Afrika vermutlich korrupter und gewalttätiger Ressourcen ausbeuten, als dies französischen Firmen vorgeworfen wird.

Die Sicherheitslage in Mali hat sich jedenfalls nicht verbessert. Dass das neue Regime auf die Unterstützung russischer Wagner-Truppen setzt statt auf französisches Militär, half nicht.

Bislang scheint sich die antifranzösische Haltung im frankophonen Afrika nicht auszuweiten auf andere europäische Staaten oder die USA, die ebenfalls eine militärische Tradition in Niger haben. Das Verhältnis zu Frankreich ist aber ganz offenbar zunehmend belastet.



KARIM OKANLA
ist Medienwissenschaftler
und freier Journalist aus
Benin.
karimokanla@yahoo.com



Pro-Putsch-Demo in Nigers Hauptstadt Niamey.

REGIERUNGSFÜHRUNG

Totalitäre Herrschaft schwächt Marktdynamik

Marktwirtschaft erfordert Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit. Die zunehmend totalitäre Herrschaft in China beeinträchtigt deshalb das dortige Investitionsklima. Das gilt es auch in Demokratien, in denen autoritäre Tendenzen zunehmen, zu bedenken.

Von Hans Dembowski

Chinas jahrzehntelanges Wirtschaftswunder scheint zu Ende zu sein. Die Jugend Arbeitslosigkeit ist hoch, und Deflation bereitet neue Sorgen, besonders im Immobilienwesen. Internationale Beobachter hatten nach dem Ende der Corona-Maßnahmen einen schnellen Aufschwung erwartet, aber die Stimmung bleibt äußerst trüb.

Zu den offensichtlichen makroökonomischen Gründen gehört die Überschuldung von Immobilienfirmen und Kommunen. Obendrein schrumpft die erwerbstätige Bevölkerung. Weniger Beachtung findet gemeinhin, dass Xi Jinpings zunehmend totalitäre Herrschaft ökonomische Probleme verschärft. Dynamische Märkte brauchen zwar nicht unbedingt demokratisch legitime Regierungen, aber Rechtssicherheit und ein Mindestmaß persönlicher Grundrechte sind unverzichtbar. Ohne unabhängige Justiz ist Eigentum nicht sicher. Wer Kapital anlegt, will nicht fürchten müssen, dass Verbrechen oder Staatswillkür teure Investitionen plötzlich wertlos machen. Dann ist es attraktiver, Geld ins Ausland zu bringen, als es in neue Produktionsanlagen zu stecken.

Gründliche Investitionsentscheidungen erfordern zudem eine solide Informationsgrundlage. Seit kurzem veröffentlicht China aber keine Statistiken über Jugend Arbeitslosigkeit mehr, damit niemand sieht, wie schlimm die Lage ist. Wo aber Mangel an Daten und offenem Gedankenaustausch herrscht, sind weder Marktforschung noch gründliche ökonomische Analysen möglich. Es stimmt, dass die Presse in der Volksrepublik noch nie frei war. Mittlerweile verdrängt aber Propaganda zunehmend die Websites,

auf denen bislang lebendige ökonomische Debatten liefen.

Ein Minimum an Meinungsfreiheit braucht auch die Forschung und Entwicklung in Unternehmen. Wo Menschen sich fürchten, Ideen zu äußern, werden Innovationen gebremst. Ohnehin können nur Fachleute mit Methoden- und Theoriekenntnissen beurteilen, ob Forschungsergebnisse valide sind. Spitzenpolitiker können das nicht. Wenn aber weder die Chancen noch die Grenzen neuer Möglichkeiten kritisch hinterfragt werden können, werden Innovationsentscheidungen weiter erschwert.

Das Schicksal des prominenten Techunternehmers Jack Ma, der plötzlich aus der Öffentlichkeit verschwand, als die Partei mit ihm unzufrieden war, zeigt indessen, dass selbst die erfolgreichsten Personen nicht mehr sicher sind. Derlei ermutigt niemand zu unternehmerischer Tätigkeit.

Für Chinas Staatsspitze hat die Wirtschaft offensichtlich keinen Vorrang mehr. Von den 1980er-Jahren an hatte der lange Aufschwung auf langsam fortschreitender Liberalisierung beruht. In den Nullerjah-

ren erwarteten viele westliche Beobachter, zu denen ich selbst gehörte, das werde so weitergehen. Leider kam es anders. Manche klagen nun, die Erwartung sei falsch gewesen, mit zunehmendem Wohlstand werde auch der Wunsch nach Demokratie wachsen. Aus meiner Sicht geht es aber um mehr als persönliche Freiheitshoffnungen. Ebenso wichtig ist, dass fehlende Rechtssicherheit und mangelnde Meinungsfreiheit die Marktdynamik unterhöheln. Xi macht China nicht stärker – sein zunehmend totalitärer Griff nach Alleinherrschaft schwächt die Wirtschaft.

Nicht vorhergesagt wurden zum Jahrhundertwechsel autoritäre Tendenzen in westlichen Demokratien. Sie sind noch unheimlicher als die ausgebliebene weitere Liberalisierung Chinas. Die Art von politischer Obstruktion der Wirtschaft, die dort sichtbar wird, würde über kurz oder lang auch die USA erfassen, sollte Donald Trump ins Weiße Haus zurückkehren. Wer Rechtspopulismus unterstützt, hält offensichtlich nicht viel von dynamischem Wettbewerb, sondern reduziert „Marktfreiheit“ auf niedrige Steuern und geringe Regulierung, was Nutznießenden von Steueroasen gefallen dürfte. Und als „normal“ gilt dann schlicht das Recht des Stärkeren.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z**
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/**D+C Development and**
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



**Nach Kritik am
Regime verschwand
Jack Ma 2020 aus
dem öffentlichen
Leben.**



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.

Media Production · Frankfurt am Main · 763 followers · 7 employees

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation
763 followers
3w · 🌐

Women are still structurally disadvantaged. Society as a whole must work on dismantling str ...see more

DIGITALISATION Online fraud is causing serious harm to African economies	AGRICULTURE Global coffee cultivation depends on biodiversity and climate action	PERU Change at the head of state further aggravates political climate
--	--	---



D+C Digital Monthly on Feminist development policy
34 pages

👍 19 · 3 reposts

Like Comment Repost Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

Flughunde verbreiten in
Südindien das Nipah-Virus.



SCHWERPUNKT

Gesundes Leben

Zoonosen im Süden Indiens

Von Nayantara Narayanan (S. 23)

One Health verdient mehr Beachtung

Von Christina Pettan-Brewer (S. 25)

**Von medizinanthropologischer
Forschung lernen**

Von Hansjörg Dilger (S. 27)

NGO versorgt Ukraine mit Medikamenten

Von Christian Splett (S. 29)

Gesundheitliche Aufklärung in Nepal

Von Sattish Chandra Aryal (S. 31)

WHO-Sicht auf One Health

Von Isah Shafiq (S. 32)

**Mit besserer Abwasseraufbereitung
gegen Mikroplastik angehen**

Von Adaze Okeaya-Inneh (S. 34)



Die Eltern eines Jungen, der 2021 in Kerala an einer Nipah-Infektion starb, mit seinem Bild.

ZOONOSEN

Abholzung und tödliche Krankheiten

Wie verschiedene Krankheiten in Indien zeigen, hängt menschliche Gesundheit mit jener der Umwelt zusammen. Zwei prominente Beispiele sind Nipah und KFD. Die Erfahrung zeigt: Die Zerstörung von Wäldern kann zum Ausbruch tödlicher Krankheiten führen.

Von **Nayantara Narayanan**

Im Mai 2018, zweieinhalb Jahre vor den ersten Anzeichen von Covid-19, traf eine tödliche Krankheit den südindischen Bundesstaat Kerala: 23 Menschen infizierten sich mit viraler Enzephalitis, einer Gehirnentzündung. Nur zwei überlebten.

Die ersten Symptome waren Fieber und Schmerzen in Kopf, Hals und Muskeln. Es folgten Erbrechen, Husten, Desorientierung und Koma. Die Krankheit breitete sich vom ersten Fall – dem 27-jährigen Mohammed Sabith – schnell aus. Auf Verdacht wurde auf das Nipah-Virus getestet, und der Ausbruch ließ sich auf Sabith zurückführen. Die Krankheit war zuvor in Kerala nie auf-

getreten. Nach 2018 gab es dort drei weitere Nipah-Ausbrüche, zuletzt im August dieses Jahres. Bis Mitte September waren zwei Menschen daran gestorben.

Nipah ist eine Infektionskrankheit, die von Tieren auf Menschen überspringt. Solche Krankheiten werden als „zoonotisch“ bezeichnet. Auch das Coronavirus fällt in diese Kategorie.

Kyasanur Forest Disease (KFD) ist eine weitere Zoonose, die Teile Südindiens heimsucht. Dieses hämorrhagische Fieber wird durch ein von Zecken übertragenes Virus verursacht und ist nach einer Stadt im Bundesstaat Karnataka benannt, in der es 1957 entdeckt wurde. Seitdem werden jährlich 400 bis 500 Fälle gemeldet, die Sterblichkeitsrate liegt zwischen zwei und 20 Prozent.

DAS NIPAH-VIRUS

Der tödliche Nipah-Ausbruch in Kerala 2018 beeinträchtigte die Wirtschaft und

das tägliche Leben in der Region nur kurzzeitig. Gesundheitsbehörden und Laborwissenschaftler*innen reagierten schnell, und der Ausbruch blieb unter Kontrolle. Das Ereignis sollte nur ein Vorbote sein für die weitaus schrecklichere Covid-19-Pandemie. Nipah und Covid-19 haben jedoch gemeinsam, dass beide wahrscheinlich von Fledermäusen übertragen werden.

Das Nipah-Virus wurde erstmals in der malaysischen Stadt Kampung Sungai Nipah entdeckt, nach der es benannt wurde. Es infizierte viele Schweine und sprang auf Menschen über, die es an ihre Familien weitergaben. Bei dem anschließenden Ausbruch der Krankheit starb die Hälfte der Infizierten.

In der Folge kam es in Bangladesch zwischen 2001 und 2011 zu mindestens elf Ausbrüchen, bei denen sich fast 200 Menschen infizierten und mehr als 150 starben. Hauptursache für die Krankheit war hier das Trinken von virenverseuchtem rohem Dattelpalmensaft. Auch im indischen Bundesstaat Westbengalen, der an Bangladesch grenzt, hat Nipah bereits mehrere Dutzend Menschenleben gefordert.

Studien aus Malaysia und Bangladesch zeigen, dass das Virus höchstwahrscheinlich von Fledermäusen der Gattung Pteropus, auch als „Flughunde“ bekannt, übertragen wurde. Sie sind das Hauptreservoir für das Nipah-Virus.

Auf den intensiv bewirtschafteten kommerziellen Schweinefarmen in Malaysia standen Obstbäume. Die Fledermäuse fraßen vom Obst und ließen die Reste in die Schweineställe fallen. Schweine, die das mit Fledermausspeichel kontaminierte Obst fraßen, verbreiteten das Nipah-Virus weiter. In Bangladesch war wahrscheinlich der Saft der Dattelpalme bereits mit dem Speichel der Fledermäuse kontaminiert, die den Saft ebenfalls trinken.

Pteropus-Fledermäuse sind in verschiedenen Teilen Südasiens verbreitet. In Indien wurden seropositive Tiere nicht nur in Kerala im Süden gefunden, sondern auch in Bundesstaaten im Norden (Haryana) und Osten (Westbengalen und Assam). Seropositivität bedeutet, dass eine Nipah-Infektion bei der betreffenden Fledermaus irgendwann eine Immunreaktion ausgelöst hat.

Der Nipah-Ausbruch in Kerala begann in einem kleinen Dorf in einem Wald des Distrikts Kozhikode. Die Forschenden wissen bisher nicht, wie sich Sabith, der erste Pati-

ent, infiziert hat. In dem Wald leben jedoch mehrere Fledermausarten, darunter Pteropus. Die Wissenschaftler*innen fanden Bissstellen von Fledermäusen an Früchten wie Mango und Guave in dem Gebiet, in dem Sabith oft arbeitete. Nachbarn berichten, Sabith und sein Bruder hätten einen fledermausverseuchten Brunnen gereinigt. Möglich ist auch, dass Sabith ein Nipah-infiziertes Fledermausbaby als Haustier gehalten hat. Den Forschenden zufolge wurden spätere Ausbrüche in Kerala auch durch Übertragungen des Virus von Fledermäusen auf Menschen verursacht.

Entwaldung erhöht die Wahrscheinlichkeit solcher Ereignisse. Kerala hat eine Fläche von fast 39000 Quadratkilometern. 1973 waren mehr als 70 Prozent davon mit natürlichem Wald bedeckt, so die Analyse einer Forschungsgruppe des Indian Institute of Science in Bangalore. Bis 2016 war dieser Anteil auf unter 50 Prozent gesunken. Die Abholzung geht weiter und vertreibt die Flughunde aus ihren natürlichen Lebensräumen. Einheimischen zufolge nehmen die Begegnungen mit Fledermäusen zu.

Pragya Yadav vom Nationalen Institut für Virologie meint, dass Fledermäuse das Virus wahrscheinlich schon einige Zeit vor dem Ausbruch 2018 in sich trugen und dass es vielleicht sogar einige unerkannte Infektionen beim Menschen gegeben hat. In ihren Augen erhöht die Umweltzerstörung das Risiko: „Jetzt fällen wir Bäume, stören die Ökologie und rücken näher an diese Tiere heran.“ Laut Jayakrishnan Thayyil vom KMCT Medical College in Kozhikode wurden in Kerala Wälder mit großen Bäumen und reicher Artenvielfalt zerstört, und Bauarbeiten werden oft „ohne Rücksicht auf die Umweltauswirkungen“ erledigt.

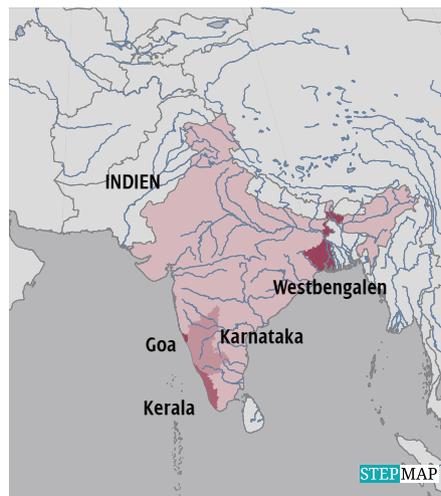
Im Mai dieses Jahres veröffentlichte die Nachrichtenagentur Reuters eine Analyse von Orten, an denen Viren am ehesten von Tieren auf den Menschen überspringen können. Die Autor*innen fanden nicht nur heraus, dass einige davon in Kerala liegen, sondern auch, dass sie sich schnell in Indien ausbreiten. Dieser Trend sei auch in Westafrika, China und Brasilien zu beobachten.

Reuters berichtete, dass in Kerala mehr als 40 Fledermausarten und 35 Millionen Menschen leben: „Bergwälder und bewaldete Hügel, die den Fledermäusen ein ideales Habitat bieten, wurden nach und nach gerodet, um Platz für Häuser, Landwirtschaft, Unternehmen und Industrie

zu schaffen, wobei große Eisenbahn- und Autobahnprojekte noch auf der Agenda stehen.“ Der Bericht zeigte, dass 2018 in 83 Prozent des Bundesstaates die Bedingungen für die Ausbreitung von Zoonosen günstig waren, gegenüber 58 Prozent im Jahr 2002.

KYASANUR FOREST DISEASE

KFD ist in Indien seit fast 60 Jahren bekannt. Infektionen traten wiederholt in fünf Bezirken in Karnataka auf, aber die Krankheit hat sich auch nach Goa und Kerala ausgebreitet. Ursprünglich dachten Forschende, dass Affen eine Schlüsselrolle bei der Übertragung spielen, weshalb die Krankheit manchmal auch als „Affenfieber“ bezeichnet wird. Af-



fen sind tatsächlich häufig Träger der Zecken, die KFD verbreiten, aber das gilt auch für andere kleine Säugetiere und Vögel.

Der erste KFD-Forscher PV Rajagopalan vermutete, dass die ersten Ausbrüche mit dem Bau eines großen Wasserkraftwerks zusammenhingen. Möglicherweise wurden dadurch Wildtiere verdrängt, die Wirte der Zecken waren, sodass die Zecken auf Haustiere übergingen. Werden Menschen von infizierten Zecken gebissen, stecken sie sich mit dem Virus an.

Bethan Purse vom UK Centre for Ecology and Hydrology ist auf Krankheiten spezialisiert, die von Zecken und Insekten übertragen werden. Genau herzuleiten, warum, wie und wo KFD zuerst von Tieren auf den Menschen übersprungen ist, ist zwar unmöglich. Aber Purse sieht ein Muster: Für

Menschen, die in Waldgebieten leben, ist das Infektionsrisiko höher. „In den 1950er-Jahren wurden die Wälder für Straßen und menschliche Siedlungen abgeholzt“, sagt Purse. „Dann kam es zu einer Verlagerung zu Cashew- und Arekanussplantagen und zum Reisanbau, was zu einer Fragmentierung des Waldes führte und die Menschen stärker mit infizierten Zecken in Kontakt brachte.“

Eine aktuelle Forschungsarbeit zeigt, dass das Risiko von KFD-Ausbrüchen mit einem geringen Artenreichtum infolge der Abholzung zusammenhängt. Sie wurde von einer Forschungsgruppe unter der Leitung von Michael G. Walsh von der Sydney University verfasst.

Fortlaufende Veränderungen in der Landnutzung tragen zur weiteren Ausbreitung der Zecken und der Krankheit bei. Seit Jahrzehnten müssen Primärwälder immer wieder der Infrastruktur, der Landwirtschaft, dem Gartenbau und Forstplantagen weichen. Die Plantagen sind zwar wirtschaftlich attraktiv, aber ihnen fehlt die biologische Vielfalt und Widerstandsfähigkeit einer ungestörten Natur.

Nipah und KFD sind nur zwei von vielen zoonotischen Übersprungsereignissen in Indien. Die Liste der in Indien gemeldeten Zoonosen durch Wildtiere ist lang. Zuletzt zählten dazu:

- die Vogelgrippe, verursacht durch H1N1 in Maharashtra und H5N1 in Assam,
- das Krim-Kongo-Fieber in Gujarat und
- die Hantavirus-Infektionen in Andhra Pradesh und Karnataka.

In Anbetracht des Risikos und infolge von Covid-19 bereitet Indien eine nationale „One Health“-Politik vor. One Health bedeutet, die Verbindung zwischen Menschen, Tieren, Pflanzen und der Umwelt anzuerkennen. Daher ist ein multisektoraler, koordinierter, kooperativer und transdisziplinärer Ansatz nötig.

Gleichzeitig hat die indische Regierung ein Gesetz zum Schutz der Wälder geändert, sodass große Waldflächen für nicht forstwirtschaftliche Tätigkeiten freigegeben werden können. Entsprechend wird das Risiko für Zoonosen zunehmen.



NAYANTARA NARAYANAN
ist eine indische Journalistin aus Bangalore, Karnataka.
@nayantaran auf twitter.com
(„X“)

EVIDENZBASIERTE POLITIK

Unausgewogene Verhältnisse

One Health ist ein international heiß diskutiertes Thema. Über Nacht haben sich manche Leute als Experten entpuppt. Leider sind deren Fachwissen und Verständnis der Geschichte des Konzepts oft mangelhaft. Was die Menschheit braucht, ist internationale Zusammenarbeit, welche die Erfahrungen von Ländern mit geringen und mittleren Durchschnittseinkommen berücksichtigt.

Von Christina Pettan-Brewer

Das moderne wissenschaftliche Konzept von One Health (OH) hat sich über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg entwickelt. Der Begriff steht für einen transdisziplinären Ansatz, der anerkennt, dass menschliche Gesundheit eng mit der Gesundheit von Tieren, Pflanzen und Umwelt verbunden ist.

Das ist natürlich keine neue Erkenntnis. OH hat historische Vorgänger, die mehr als 10000 Jahre zurückreichen. Traditionelles indigenes Wissen ordnet Gesundheit in eine zutiefst verflochtene Welt mit tiefer Verbindung zur Natur ein. OH-Maßnahmen spiegeln daher häufig überliefertes Wissen und traditionelle Praktiken wider.

Die Covid-19-Pandemie hat OH ganz oben auf die internationale Agenda gesetzt. Diese zuvor unbekannte Krankheit ist vermutlich eine Zoonose, die von Tieren auf Menschen übertragen wird. Sie wird mit der Zerstörung von Lebensräumen und der Interaktion von Arten in Verbindung gebracht. Wie genau Covid-19 ausbrach, bleibt jedoch eine offene Frage. OH-Experten hatten solch ein Szenario schon seit vielen Jahren vorhergesagt. In der Pandemie erhielten sie dann weltweite Aufmerksamkeit.

Fälschlicherweise glauben einige, dass vor allem Zoonosen das Hauptthema von OH seien. In Wahrheit geht es um viel mehr. Zu den relevanten Themenfeldern gehören neben neuen und vernachlässigten Krankheiten beispielsweise auch Lebensmittelsicherheit, Ökosysteme zu Wasser und Land, Artenvielfalt, Antibiotikaresistenzen, Migration und Weltfrieden. Die Verschmutzung von Böden, Luft und Wasser hat ebenso große Bedeutung wie die Auswirkungen der

globalen Erderwärmung. Handel mit Jagdprodukten, aber auch die Qualität von Gesundheitssystemen und solide Daten sind hochrelevant.

OH ist ein komplexes Konzept. Verschiedene Wissenschaftler und Institutionen haben unterschiedliche Ansätze entwickelt – und viele haben auch Mängel. Die sogenannte „Quadripartite“, die die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das UN-Umweltprogramm (UNEP) und die Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) gemeinsam ins Leben gerufen haben, hat eine aktuelle Definition von One Health veröffentlicht. Ihr gemeinsamer Aktionsplan ist lobenswert, sollte aber nicht für endgültig oder allgemeinverbindlich gehalten werden.

Jeder glaubwürdige OH-Ansatz muss Gesundheit auf allen Ebenen berücksich-

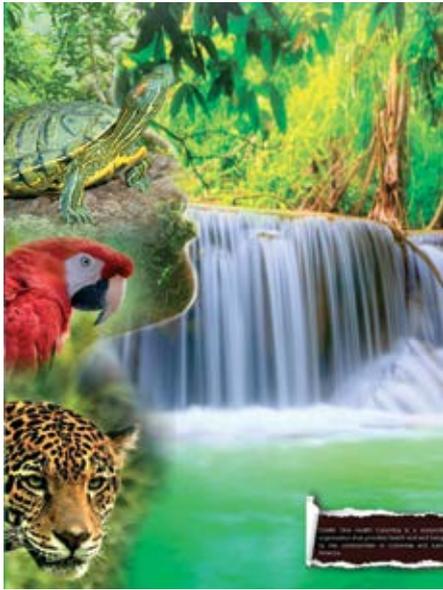
tigen – einschließlich der Gesundheit des Planeten, lokaler Gemeinschaften sowie von Landwirtschaft oder Stadtvierteln. Alle Ebenen sind untrennbar miteinander verbunden und voneinander abhängig.

Darüber hinaus muss ein OH-Ansatz soziale Ungleichheiten auf globaler, nationaler und lokaler Ebene berücksichtigen. Dazu gehören neben dem Zugang zur Gesundheitsversorgung auch andere Dimensionen sozialer Ungerechtigkeit. Unterschiedliche soziale Gruppen sind Gesundheitsrisiken schließlich nicht in gleichem Maß ausgesetzt. Merkmale wie Geschlecht oder ethnische Zugehörigkeit spielen zum Beispiel eine Rolle. Medizinisch unterversorgte Gemeinschaften leben und arbeiten oft in Umfeldern, die aus verschiedenen Gründen ihre Gesundheit gefährden und die sie sich nicht ausgesucht haben. Natürliche Ökosysteme können Risiken bergen, aber auch Umweltverschmutzung und andere menschengemachte Probleme können der Gesundheit schaden.

Die Lebensbedingungen sind nicht überall gleich, und entsprechend variiert auch, was OH in der Praxis bedeutet, regional und kulturell. Das gilt auch für die dar-



Grafik, die für die nichtstaatliche Initiative One Health Colombia anlässlich einer Konferenz angefertigt wurde.



Weitere One-Health-Colombia-Grafik.

aus folgende Politik. In Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen fällt auf, dass Lernprozesse eher einer „Bottom-up“-Logik folgen. Graswurzelbewegungen spielen eine wichtige Rolle, und wissenschaftlich Tätige greifen dann die Gesundheitsprobleme lokaler und marginalisierter Gemeinschaften als Forschungsthema auf. Meist tun sie das ohne finanzielle Förderung. Die Projekte bleiben oft kleinteilig und unkoordiniert.

Im Kontrast dazu ist OH in Ländern mit hohem Einkommen meist ein Thema, das Regierungen „top-down“ angehen. Diese Länder sind vergleichsweise finanzstark. Oft hängen Länder mit niedrigem Einkommen sogar von deren Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) ab. Folglich prägt der sogenannte „globale Norden“ die internationale Agenda unverhältnismäßig stark.

Internationale Ungleichgewichte in der wissenschaftlichen und medizinischen Forschung verschärfen dieses Missverhältnis. Kluge Köpfe aus benachteiligten Ländern zieht es – während des Studiums oder später nach dem ersten Abschluss – an Hochschulen in Ländern mit hohem Einkommen. Pull-Faktoren sind höhere Gehälter, Forschungsbudgets und die Reputation der Institute. Relevant ist auch, dass Vorgesetzte und Lehrkräfte hier ihren Untergebenen mehr Aufmerksamkeit schenken. Der Umzug in das reichere Land erweist sich oft als dauerhaft. Diese Abwanderung von Fachkräften hat zwei Auswirkungen:

- Viele Forschende verlagern ihre Schwerpunkte von den Belangen der Entwicklungsländer auf die der fortgeschrittenen Nationen, denn dafür gibt es Fördermittel.
- Andere widmen ihren Herkunftsländern weiterhin Zeit, aber nicht viel Geld. Die Wirkung ihrer Arbeit bleibt trotz guter Absichten überschaubar.

Das führt dazu, dass die Forschung zu lokalen Problemen benachteiligter Länder kaum systematisch organisiert ist. Es mangelt an gut finanzierten, umfassenden Forschungsprogrammen. Einzelprojekte erfordern aber viel Zeit, lange Sitzungen und hohen bürokratischen Aufwand.

Zudem prägt Ungleichheit auch wissenschaftliche Hierarchien. Aller fortschrittlichen Rhetorik zum Trotz haben Frauen und Angehörige marginalisierter Gruppen schlechtere Chancen. Die Aufmerksamkeit der Wissenschaft wird somit systematisch von denen abgelenkt, die die größte Not leiden.

WERTVOLLE INITIATIVEN

Dennoch ist zu beobachten, dass afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Länder begonnen haben, sinnvolle OH-Strategien zu formulieren. Sie betrachten Gesundheit in ganzheitlicher Perspektive. Interdisziplinäre Zusammenarbeit kann nützliche Innovationen hervorbringen, die bessere Gesundheit zu geringeren Kosten ermöglichen. Eine junge Generation wächst heran, die systemisches Denken verinnerlicht hat. Dank besserem Monitoring von OH-Faktoren kann die Politik schneller eingreifen, sobald – oder besser noch bevor – eine Gesundheitskrise entsteht.

Lateinamerika, eine Region vieler Länder mit mittlerem Einkommen, ist in mancher Hinsicht ein Vorreiter. Brasilien und Kolumbien beispielsweise wenden das One-Health-Konzept seit den Nullerjahren an. Seit 2017 feiern sie den 3. November als internationalen One-Health-Tag. In Brasilien ist OH sogar gesetzlich verankert. Sowohl das Nationale Wissenschaftszentrum als auch der Senat unterstützen die Umsetzung einer umfassenden Politik, welche die Ministerien für Bildung, Landwirtschaft und Gesundheit und andere Institutionen einbindet.

Ähnliche Fortschritte gibt es in Kolumbien sowie in zentralamerikanischen

Ländern mit großen Regenwaldflächen wie etwa Mexiko, Guatemala und Belize. Die Mitgliedsländer der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation (PAHO – Pan American Health Organization) bekannten sich 2019 zu One Health und den SDGs. Die PAHO hat sich immer wieder für entsprechende Anliegen eingesetzt. Bereits 1968 veranstaltete sie ein Gipfeltreffen zum Thema Gesundheit und Landwirtschaft.

In Afrika geht Ruanda mit gutem Beispiel voran. Das Land gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Seine OH-Bewegung profitiert jedoch von einem gut ausgebauten Netz aus Gesundheitspersonal, Krisenreaktionsteams und internationalen Forschungspartnerschaften. Bemühungen zur Stärkung der Forschungskapazitäten (siehe Beth Kaplin auf Seite 7 dieser Digitalen Monatsausgabe) zahlen sich ebenfalls aus. Bemerkenswert ist zudem das Bemühen um Geschlechtergerechtigkeit unter Gesundheitsfachkräften. Das Gesundheitsverständnis ist ganzheitlich.

So muss es laufen. Was die internationale Gemeinschaft braucht, ist Zusammenarbeit, welche die Stärken des globalen Nordens nutzt und die praktischen Erfahrungen des globalen Südens berücksichtigt. In dieser Hinsicht sind die Initiativen „Nature for Health (N4H)“ und die „International Alliance against Health Risks in Wildlife Trade“ vielversprechend. N4H wird von der deutschen Bundesregierung sowie mehreren multilateralen und zwischenstaatlichen Organisationen unterstützt. Das Ziel ist, OH-Programme in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen technisch zu unterstützen. Letztlich kommt es auf nachhaltige Politik an, welche örtliche Kenntnisse und Bedürfnisse ernst nimmt.

LINKS

Quadripartite: One health joint plan of action.

<https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/363518/9789240059139-eng.pdf?sequence=1>



CHRISTINA PETTAN-BREWER
ist eine Tierärztin aus Brasilien und außerordentliche Professorin an der School

of Medicine der University of Washington in Seattle. Sie ist außerdem One-Health-Fulbright-Stipendiatin und -Botschafterin.
kcpb@uw.edu



Liberianisches Gesundheitspersonal im Jahr 2014. Während des damaligen Ebola-Ausbruchs waren Medizinanthropolog*innen vor Ort.

MEDIZINANTHROPOLOGIE

Globale Gesundheit und soziale Ungleichheiten

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie eng Gesundheitsfragen mit globalen Zusammenhängen und sozialen Ungleichheiten verknüpft sind. Medizinanthropolog*innen untersuchen diese Verbindungen und ihre Auswirkungen auf die individuelle und gesellschaftliche Gesundheit in einer zunehmend globalisierten Welt.

Von Hansjörg Dilger

Die Covid-19-Pandemie hat deutlich gemacht, wie stark gesundheitliche Herausforderungen sowohl in globale Zusammenhänge als auch in soziale Ungleichheiten eingebettet sind. Die Infektionskrankheit hat sich seit 2020 in atemberaubender Geschwindigkeit weltweit ausgebreitet – und dabei auch Länder mit hohem Einkommen erfasst, die in den letzten Jahrzehnten kaum von größeren Epidemien wie SARS, MERS oder Ebola betroffen waren.

Ebenso hat die Covid-19-Pandemie verdeutlicht, wie Ansteckungsrisiken und

der Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Impfangeboten sowohl innergesellschaftlich als auch global äußerst ungleich verteilt sind. In Deutschland hatten vor allem ältere Menschen sowie Menschen mit Vorerkrankungen wie Adipositas oder Diabetes mellitus ein hohes Risiko für schwere Krankheitsverläufe.

Diese Gesundheitsrisiken verschränkten sich rasch mit sozioökonomischen Faktoren. Insbesondere Angehörige sozial eher schlechtergestellter Gruppen – etwa Personengruppen, die in sogenannten systemrelevanten Berufen wie Pflege, Bau oder Lebensmittelversorgung tätig waren – konnten sich weniger vor einer Ansteckung schützen.

Auch im globalen Zusammenhang wurden soziale und strukturelle Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung und ungleiche Schutzmöglichkeiten vor schweren Corona-Infektionen sichtbar. Das betraf zum einen die Ressourcen der Gesundheitssysteme. So wurden Erkrankte in Indien oder Brasilien nur mangelhaft mit Sauer-

stoff versorgt. Zum anderen galt dies für die bis heute deutlich niedrigere Verfügbarkeit von Impfstoffen in den meisten Ländern mit niedrigem Einkommen – viele davon auf dem afrikanischen Kontinent.

MEDIZINANTHROPOLOGIE ALS FORSCHUNGSFELD

Die mit der Covid-19-Pandemie verbundenen Fragen nach sozial und demographisch spezifischen Gesundheitsrisiken sowie gesellschaftlich und global ungleichen Zugängen zu Gesundheitsversorgung stehen auch im Fokus der Medizinanthropologie. Seit den 1960er-Jahren hat sich diese Subdisziplin der Sozial- und Kulturanthropologie insbesondere in Nordamerika als heute größtes Teilgebiet des Fachs mit Blick auf Forschungs- und Lehrprogramme sowie Arbeitsfelder etabliert.

Medizinanthropolog*innen erforschen die durch Geschlecht, sozialen Hintergrund und kulturelle Sozialisation unterschiedlich geprägten Wahrnehmungen und Erfahrungen spezifischer Gesundheitsphänomene aus Sicht der betroffenen Personen. Auch untersuchen sie den Umgang mit gesundheitlichen Herausforderungen in der Interaktion zwischen diesen Personen und ihren jeweiligen Netzwerken. Beispiele hierfür sind Schutz vor physischen und mentalen Krankheiten und deren Behandlung oder Reproduktionsfragen.

Gerade in ressourcenschwachen Regionen sind Menschen dabei oft stärker auf die Unterstützung durch nichtstaatliche Organisationen sowie auf familiäre und andere soziale Gemeinschaften angewiesen als in den Industrienationen. In Letzteren sind gerade sozial bessergestellt Gruppen durch Krankenversicherung und ein oft viel dichteres Netz der Gesundheitsversorgung abgesichert. Gleichzeitig gibt es auch hier große Unterschiede in der gesundheitlichen Absicherung, etwa zwischen den Wohlfahrtsstaaten Nordeuropas und den stark kapitalisierten Gesundheitssystemen Nordamerikas.

„Ein wichtiger Aspekt medizinanthropologischer Forschung in Projekten und Programmen zur Globalen Gesundheit ist ihre Fähigkeit zur Übersetzung zwischen unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten.“

Die enge Verflechtung zwischen individuellen und kollektiven Erfahrungen von Gesundheit und Krankheit mit den Bedingungen der Gesundheitssysteme, in denen diese situiert sind, zeigt, wie relevant politisch-ökonomische Voraussetzungen in der Medizinanthropologie sind.

Ungleichheiten im Zugang zu Gesundheitsversorgung innerhalb von Ländern mit hohem Einkommen bestehen vor allem aufgrund sozialer und sprachlicher Barrieren und benachteiligen unter anderem Migrant*innen stark.

Auf globaler Ebene ist ungleiche Gesundheitsversorgung zum Beispiel sichtbar, wo ressourcenschwache Länder oft von internationaler Finanzierung abhängig sind und Markt- und Pharmaintressen den Zugang zu Medikamenten (etwa gegen Malaria oder HIV/Aids) bestimmen.

Schließlich sind historische und politische Faktoren ausschlaggebend für die Art der medizinischen Versorgung in bestimmten Ländern. Während die Biomedizin – verstanden als die auf universalen biologischen Grundlagen gründende Medizinform – in den westlichen Industrienationen stark dominiert, ist ihre Geschichte in vielen Län-

dern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas eng mit der gewaltsamen Geschichte des Kolonialismus verbunden.

Hier besteht oft eine große Vielfalt an Heilungsangeboten (etwa von „traditionellen“ Heiler*innen, christlichen Heilungskirchen oder Medizinsystemen wie Ayurveda oder Homöopathie), die von Menschen komplementär zur oder anstelle der Biomedizin genutzt werden. Gleichzeitig existiert auch in den westlichen Industrienationen ein wachsender Markt für spirituelle oder alternative Medizin.

Das Feld der Globalen Gesundheit hat in den letzten Jahren neue Herausforderungen und Möglichkeiten für die Subdisziplin geschaffen. „Global Health“ ist zu einem schnell wachsenden Arbeits- und Forschungsfeld geworden, das sich an Universitäten weltweit mit eigenen Studien- und Forschungsprogrammen etabliert hat. Medizinanthropolog*innen sind hier in eine Vielzahl multidisziplinärer Lehr- und Forschungsk Kooperationen eingebunden oder arbeiten für eine der zahlreichen internationalen Gesundheitsorganisationen in diesem Feld.

Ein wichtiger Aspekt medizinanthropologischer Forschung in Projekten und Programmen zur Globalen Gesundheit ist ihre Fähigkeit zur Übersetzung zwischen unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten. Das tiefe Eintauchen von Medizinanthropolog*innen in lokale Gemeinschaften im Rahmen langfristiger Feldforschungen erzeugt das notwendige Vertrauen und Einblicke, die helfen zu verstehen, wie Menschen mit spezifischen Therapie- und Präventionsangeboten umgehen – oder warum sie diese etwa im Falle neuer gesundheitlicher Herausforderungen wie der Covid-19-Pandemie ablehnen.

Ebenso kann die Medizinanthropologie aufzeigen, welche Ressourcen Menschen bei lebensbedrohlichen oder chronischen Erkrankungen in Abhängigkeit von ihren Lebensumständen mobilisieren und welche Rolle neue und alte Netzwerke der Solidarität (Familien, religiöse und andere Gemeinschaften) hierbei spielen.

Gleichzeitig macht sie deutlich, welche Gruppen einer Gesellschaft von Diskriminierung besonders betroffen sind, etwa bei stigmatisierten Krankheiten wie HIV/Aids oder auch bei unterschiedlichen Formen von Behinderung – und welche spezifischen Bedürfnisse marginalisierte Personen

in der Gesundheitsversorgung mit Blick auf medizinische, materielle, psychologische und sprachliche Unterstützungsangebote haben.

Schließlich richten Medizinanthropolog*innen ihren Fokus auch auf Mechanismen der Gesundheitsversorgung selbst und die Frage, wie Therapie, Pflege und Prävention – und zugrunde liegende Rahmenbedingungen – generell verbessert werden können. Ein Beispiel hierfür ist Kommunikation und Praxis von Präventionsprogrammen und Impfkampagnen, die Menschen mit unterschiedlichen sozialen, Geschlechts- und Altershintergründen erreichen wollen.

Ebenso machen staatliche und nichtstaatliche Interventionen bei neu auftretenden Epidemien deutlich, mit welchen Herausforderungen Gesundheitsorganisationen in einer globalisierten Welt konfrontiert sind. Gerade die „emergency responses“ internationaler Organisationen bei Epidemien wie Ebola haben gezeigt, dass es in den betroffenen Gesellschaften oft starkes Misstrauen gegenüber solchen Interventionen gibt. Diese nehmen sich oft wenig Zeit, um sich auf spezifische lokale Gegebenheiten und Bedürfnisse einzulassen, und stehen somit häufig indirekt in der langen Geschichte kolonialer und postkolonialer Dominanz.

Medizinanthropolog*innen haben in allen diesen Situationen die Fähigkeit, zwischen verschiedenen Kontexten als Mittler zu fungieren und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Ihr Blick liegt auf den Ressourcen und Handlungspotenzialen individueller Personen und lokaler Gemeinschaften – auf der ganzen Welt.

LITERATUR:

Dilger, H. und Hadolt, B. (Hg.), 2010: *Medizin im Kontext: Krankheit und Gesundheit in einer vernetzten Welt*. Frankfurt a. M.: Peter Lang.
 Yates-Doerr, E., 2019: *Whose Global, Which Health? Unsettling Collaboration with Careful Equivocation*. *American Anthropologist* 121, 297–310.



HANSJÖRG DILGER
 ist Professor für Sozial- und Kulturanthropologie und Leiter der Arbeitsstelle Medical Anthropology /

Global Health an der Freien Universität Berlin.
hansjoerg.dilger@berlin.de



Übergabe von Trauma-Notfall-Kits an das Ukraine-Koordinations-team von AoG.

MEDIKAMENTENVERSORGUNG

Ungekannte Veränderungen

Die gemeinnützige Organisation Apotheker ohne Grenzen muss seit Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine ihren bisher größten Nothilfeinsatz bewältigen. Das zwingt sie auch, über die eigene Zukunft nachzudenken.

Von Christian Splett

Am 24. Februar 2022 wurde die Ukraine von Russland überfallen. Für viele Menschen war es unvorstellbar, dass es jemals wieder Krieg in Europa geben könnte. Nun kamen tausende Ukrainer*innen ums Leben oder wurden verletzt, während Millionen innerhalb des Landes vertrieben wurden oder ins Ausland flüchteten. Allein in Deutschland hatten sich ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch rund eine Million Geflüchtete registriert, meist Frauen und Kinder.

Viele gemeinnützige Organisationen begannen innerhalb weniger Tage, die in Deutschland ankommenden Geflüchteten zu versorgen oder Lebensmittel- und Bekleidungslieferungen in die Ukraine zu organisieren. Auch die Hilfsorganisation Apotheker ohne Grenzen (AoG) wurde aktiv.

Normalerweise leistet der Verein mit Sitz in München mithilfe ehrenamtlich tätiger Apotheker*innen bei Bedarf Nothilfe, etwa im Jahr 2019 nach dem Zyklon Idai in Mosambik, und betreut langfristige Projekte wie die Klinikapotheke in der Benedik-

tinerabtei Hanga in Tansania. Die beiden Corona-Jahre 2020 und 2021 hatten den Verein bereits auf eine harte Probe gestellt: Auslandsreisen zu den Partnern waren oft unmöglich, auch wenn es dort sogar noch mehr Hygiene- und Medikamentenbedarf im Zuge der Pandemiebekämpfung gab. Im Jahr 2021 kam im Westen Deutschlands eine regionale Flutkatastrophe hinzu, so dass der Verein nach intensivem Überlegen bereits hier Nothilfe im eigenen Land leistete.

Der Krieg in der Ukraine stellte AoG erneut von Anfang an vor ungekannte Herausforderungen, mit denen viele Fragen einhergingen: Sollte erneut Nothilfe im eigenen Land geleistet werden? Wie ist hier die rechtliche Lage? Wie lassen sich Spenden schnell und sachgerecht einsetzen? Woher bekommt man Personal? Darf man Einsatzkräfte in ein Kriegsgebiet schicken? Wie lange lässt sich Nothilfe aufrechterhalten?

„Nach einem Hilfsaufruf auf Facebook hatten wir dort zehntausende Interaktionen, das Telefon stand nicht mehr still, die E-Mails kamen im Minutentakt an“, sagt Vorstandsmitglied Andreas Portugal, der Ende Februar 2022 als einer der Ersten die Ukrainehilfe von AoG koordinierte. Angefragt werden Verbandstoffe und Antibiotika für akute Krankheiten und Verletzungen, aber auch Insuline und Herz-Kreislauf-Mittel für chronisch kranke Menschen. „Die Regierung hat es uns eigentlich nicht schwer

gemacht, aber wir mussten trotzdem eine gesonderte Genehmigung beantragen, damit wir Arzneimittel exportieren dürfen“, berichtet Portugal.

Jede Anfrage muss den genauen Bedarf an Medikamenten in Qualität und Quantität angeben. Die Empfänger*innen vor Ort müssen fachlich qualifiziert und der Transport in die Ukraine muss gesichert sein. Viele Anfragen kommen direkt von Kliniken aus Kirowograd, Lwiw, Riwne, Mykolajiw, Kiew oder Charkiw. „Der Unterschied zu anderen Projekten ist, dass wir keine eigenen Leute in der Ukraine haben, weil wir grundsätzlich niemanden in ein Kriegsgebiet entsenden“, sagt Portugal.

Schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn schickten AoG jedoch zweiköpfige Fact-Finding-Teams zu mehrtägigen Reisen in angrenzende Länder wie Polen oder Rumänien. Das ist bei Einsätzen üblich, um den genauen Bedarf besser einschätzen und lokale Partner finden zu können – im Fall der Ukraine aber durch den Krieg im Land selbst nicht möglich. Dennoch konnte der Verein auch über die Nachbarländer neue Partner wie die ukrainische Pilotenvereinigung Air Rescue finden. Gleichzeitig greift die Organisation auch in der Ukraine auf langjährige Partner wie German Doctors oder action medeor zurück.

RISKANTE LIEFERUNGEN

Nicht selten haben die Kleintransporter der AoG Lieferungen im Wert von 10 000 Euro geladen und müssen manchmal an der Grenze auch noch umgeladen werden. Mit Fotos, E-Mails und Anrufen wird jede Ankunft bestätigt. Bis zum Ende des Jahres 2022 kamen so mehr als 160 Lieferungen in 40 verschiedenen Städten und Gemeinden in der Ukraine an. Bislang ist keine Lieferung verloren gegangen.

Portugal nennt den anhaltend großen Bedarf als die größte Herausforderung. Doch gleichzeitig betont Jochen Schreck, der damalige AoG-Vorstandsvorsitzende: „Wir hatten noch nie ein so großes Spendenaufkommen.“ Mit 2 Millionen Euro für die Ukraine kam 2022 allein in den ersten Monaten des Jahres doppelt so viel Geld zusammen, wie der Verein sonst pro Jahr für alle Projekte weltweit ausgibt.

Mittlerweile gehen die Spenden für die Ukraine in Deutschland zurück. Aber Schreck rechnet damit, dass auch viel Geld

für den Wiederaufbau der Versorgungsstrukturen in der Ukraine notwendig sein wird. Vorstandsmitglied Portugal bestätigt: „Diskussionen, ob wir Geld für langfristige Projekte zurückhalten sollten, haben wir geführt, aber wir fanden das unethisch.“ Mindestens bis Jahresende 2023 dürften die bislang eingegangenen Spenden jedenfalls noch für die Lieferungen in die Ukraine ausreichen. Aber auch die langfristigen Projekte in Ländern wie den Philippinen oder Argentinien (siehe Box) müssen nun nach Ende der Corona-Beschränkungen erst recht wieder intensiviert werden.

Die Hilfsorganisation musste auch personelle Veränderungen vornehmen. In den ersten Wochen wurde das Projekt noch rund um die Uhr von meist drei Ehrenamtler*innen wie Andreas Portugal betreut, aber seit Mai des Jahres 2022 war dies nicht mehr zu bewältigen. Der Verein hat dann drei bezahlte Stellen mit zeitlicher Befristung geschaffen – ein Novum mit einer erheblichen Vergrößerung der Geschäftsstelle.

Als Gründungsmitglied kennt Schreck die Organisation sehr gut: „Wir haben 2000 bei null angefangen, weil wir Arzneimittel in einkommensschwachen Ländern besser ver-

teilen wollten.“ Infolge des Einsatzes 2014 nach dem Tsunami in Südostasien hat sich der Verein professionalisiert und schickt nur noch geschulte Fachkräfte in Nothilfeinsätze. Dafür bietet er jährlich je eine Basis- und Aufbauschulung für Apotheker*innen und andere Fachleute an, die dann Teil eines Personalpools werden.

„Bei der Ukraine-Hilfe stellt sich nun die Frage, wie man unsere Kräfte auch künftig verstärken kann“, sagt Schreck. Er ist überzeugt, dass sich das Konzept mit einer kleinen Geschäftsstelle und vielen ehrenamtlichen Mitgliedern bewährt hat. „Ehrenamtliche Leistungen kann man jedoch nur schlecht in Zahlen fassen, da sie nicht finanziell entlohnt werden“, bemerkt der Ex-Vereinschef, der inzwischen zum Ehrenmitglied ernannt wurde.

Neben den finanziellen und personellen Veränderungen stellt die Ukraine-Hilfe den Verein aber auch vor inhaltliche und konzeptionelle Herausforderungen. „Bisher haben wir uns darauf konzentriert, pharmazeutisches Wissen über die Wirkung von Medikamenten zu vermitteln, aber in der Ukraine ist nun auch unser logistisches Wissen zum Einkauf und Transport von Arzneimitteln von großer Bedeutung“, sagt

Schreck. Gleichzeitig erhält der Verein durch seine steigende Bekanntheit auch mehr fachliche Anerkennung für seine pharmazeutische Tätigkeit.

Für AoG und andere gemeinnützige Organisationen bleibt der anhaltende Krieg in der Ukraine in jedem Fall eine Herausforderung: Den Menschen muss weiter schnell geholfen werden, um Leid zu lindern. Zudem muss der langfristige Wiederaufbau vorgeplant werden. Und darüber hinaus müssen die Hilfsorganisationen überlegen, welche Lehren sie aus diesen dramatischen Ereignissen ziehen, um sich in Zukunft noch besser konzeptionell, strukturell und personell für solche Einsätze aufzustellen.

LINK:

<https://www.apotheker-ohne-grenzen.de>



CHRISTIAN SPLETT
ist stellvertretender
Pressesprecher der
Bundesvereinigung Deutscher
Apothekerverbände (ABDA) in

Berlin und ehrenamtliches Vorstandsmitglied von Apotheker ohne Grenzen. Hier äußert er seine eigenen Ansichten.

c.splett@psfde.org

Slum-Apotheke in Buenos Aires

Vor Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine (siehe Haupttext) war eine Apotheke in Argentinien mit einem jährlichen Volumen von etwa 300 000 Euro das größte Projekt der gemeinnützigen Organisation Apotheker ohne Grenzen.

Im Jahr 2022 feierte die Apotheke ihr 20-jähriges Jubiläum. „Wir haben damals mit einer fünf Quadratmeter großen Apotheke angefangen und versorgen heute bis zu 2000 Patienten zuverlässig mit Medikamenten“, sagt Carina Vetye, eine argentinisch-deutsche Apothekerin, die das Projekt in ihrer Geburtsstadt Buenos

Aires gründete und bis heute leitet.

Die Apotheke mit fünf Teilzeitbeschäftigten ist in ein Gesundheitszentrum im Slum von Villa Zagala integriert, wo gute Hygiene-, Ernährungs- und Gesundheitsversorgung nicht selbstverständlich sind. „Wir möchten den Kranken geben, was sie brauchen – die richtigen Medikamente zur richtigen Zeit, regelmäßig und kostenlos“, sagt Vetye im Hinblick auf chronisch kranke Patient*innen.

Ein besonderes Augenmerk legt das Projekt, das insgesamt 14 Ortskräfte hat, auf Zahnhygiene. Zahnschmerzen

beeinträchtigen den Alltag mitunter gravierend – man kann nicht richtig essen, Kinder gehen nicht zur Schule, Erwachsene mit Zahnlücken finden schlechter Jobs. Deshalb arbeitet Vetye nicht nur in der



Carina Vetye in Villa Zagala.

Apotheke, sondern gibt auch Zahnhygienekurse für Kinder und Eltern in Kindergärten und Grundschulen und verteilt zur Vorbeugung Plaque-Färbetabletten und Zahnbürsten.

Inzwischen wächst die erste Generation junger Slumbewohner ohne Zahnprobleme heran. Als Herausforderung sieht Vetye auch in den kommenden Jahren die weiter unsichere Arzneimittelversorgung sowie die hohe Personalfuktuation im Gesundheitszentrum. „Bei Absprache mit Ärzt*innen und Zahnärzt*innen müssen wir dann immer wieder von vorne anfangen“, sagt sie und resümiert: „Man muss einen langen Atem haben. Die Probleme sind in Jahrzehnten entstanden. Schnelle Lösungen gibt es nicht.“

CS



Childaid-Projekt im Bezirk Ramechhap, 2023.

GESUNDHEITSVERSORGUNG

Vielschichtige Herausforderung

In Nepal ist mehr gesundheitliche Aufklärung nötig, insbesondere für Frauen und Mädchen. Eine entscheidende Rolle spielen dabei lokale Gesundheitszentren und sogenannte Female Community Health Volunteers.

Von Sattish Chandra Aryal

Nepal steht, wie viele andere Entwicklungsländer, vor erheblichen Herausforderungen im Bereich Gesundheit. Am stärksten betroffen sind Mütter und Kinder, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung eingeschränkt ist. Frauen erfahren die negativen Konsequenzen etwa in den Bereichen Familien-

planung, Müttergesundheit, Kinderbetreuung, Ernährung und Menstruationshygiene.

Zu den größten Risiken für Mütter und Kinder zählen:

- mangelndes medizinisches Wissen und Bewusstsein für die eigene Gesundheit,
- fehlende medizinische Fachkräfte und Einrichtungen sowie
- erschwerten Zugang zu Gesundheitseinrichtungen aufgrund schlechter Infrastruktur.

Nepal hat eine hohe Müttersterblichkeitsrate von 151 Todesfällen pro 100 000 Lebendgeburten im Jahr 2021. Etwa fünf Prozent der Todesfälle von Frauen im gebärfähigen Alter sind auf Schwangerschaft oder Geburtsfolgen zurückzuführen (Nepal

Ministry of Health and Population 2023). Die Situation ist alarmierend und erfordert sofortiges Handeln, um die Ursachen anzugehen und die Gesundheit von Frauen und ihren Kindern insgesamt zu verbessern.

Die nepalesische Regierung hat bereits Schritte unternommen, um Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung zu reduzieren und den Zugang für gefährdete Bevölkerungsgruppen zu verbessern, insbesondere auf dem Land. Zu den umgesetzten Maßnahmen zählen standardisierte Behandlungsprotokolle, kostenlose Gesundheitsprogramme und Anreizsysteme für sichere Behandlungspraktiken. Um die Herausforderungen anzugehen, ist aber mehr nötig.

AKTEURE VOR ORT STÄRKEN

Es gilt, die Kernprobleme der Gesundheitsversorgung anzugehen und dafür bereits vorhandene Ressourcen und Strukturen zu nutzen, insbesondere lokale Gesundheitszentren und deren Personal. Das 30-Millionen-Einwohner-Land Nepal verfügt über mehr als 5000 Gesundheitseinrichtungen. Sie spielen eine wesentliche Rolle für die Gesundheitsversorgung und können potenziell eine flächendeckende Versorgung für nahezu alle sicherstellen.

Allerdings fehlt es diesen Einrichtungen oft an der nötigen Ausstattung und geschultem Personal. Hier sind Investitionen und gezielte Fortbildungen nötig. Zudem sollten alle 753 Kommunalverwaltungen in Nepal diese Einrichtungen betreuen und kontrollieren, um eine qualifizierte und sichere Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Die Kommunalverwaltungen sollten zudem mit Schulen und Gesundheitseinrichtungen zusammenarbeiten, um Aufklä-

Childaid Network Foundation

Die Childaid Network Foundation ist eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Königstein im Taunus, die derzeit in Indien, Nepal, Bangladesch und Myanmar bedürftigen Kindern und Jugendlichen Zugang

zu Bildung, Ausbildung und Gesundheitseinrichtungen ermöglicht. 2022 wurden erstmals mehr als 150 000 Kinder und Jugendliche sowie rund 2000 Lehrer*innen und Multiplikator*innen in rund 50

Bildungs- und Kinderschutzprojekten an über 1000 Projektstandorten direkt unterstützt. Die Organisation finanziert sich durch öffentliche Zuschüsse, private Spenden, Förderpartner und Unternehmensspenden.

In Nepal arbeitet Childaid Network in den Bereichen Bildung, schulische und gemeindebasierte Gesundheit sowie

Berufsbildung und ist derzeit in den Bezirken Ramechhap, Dolakha und Sindhuli östlich von Kathmandu tätig. Gemeinsam mit Childaid Network arbeitet Green Tara Nepal, eine nationale NGO, mit lokalen Akteuren, der Zivilgesellschaft und Schulen zusammen, etwa für Gesundheitsprojekte in Gemeinden und Schulen. SCA

rungskampagnen zu fahren, die sich gezielt an heranwachsende Mädchen richten. Ihre Gesundheit ist besonders gefährdet, und sie sollten sich auskennen mit Menstruation, Reproduktionsgesundheit und anderen Gesundheitsthemen. Dies käme nicht nur ihnen, sondern auch Schülerinnen und Schülern öffentlicher Schulen im ganzen Land zugute – und damit auch deren Umfeld.

Ein wichtiger Aspekt zur Verbesserung des nepalesischen Gesundheitssystems ist der Einsatz weiblicher Gemeindefachkräfte für Gesundheit (Female Community Health Volunteers – FCHV). Von ihnen gibt es bereits mehr als 50 000. Sie leisten landesweit wichtige Dienste, indem sie:

- grundlegende Gesundheitsaufklärung leisten,
- Mütter und Familien unterstützen,
- Schwangere und Entbindungen registrieren und
- Medikamente und Verhütungsmittel verteilen.

Ihre unermüdlichen Anstrengungen haben im Laufe der Jahre zu einem deutlichen Rückgang der Müttersterblichkeitsrate beigetragen.

Um ihre Rolle effektiv ausfüllen zu können, benötigen FCHVs spezielle Schulungen und Programme zu verschiedenen Gesundheitsthemen. Eine engere Zusammenarbeit zwischen ihnen und den lokalen Gesundheitszentren wäre sinnvoll. Gemeinsam könnten sie noch besser marginalisierte Gruppen stärken und gesundheitliche Aufklärung leisten, auch im Rahmen regelmäßiger Gesundheitsuntersuchungen in Schulen. Ein solcher umfassender Ansatz kann dafür sorgen, dass Gesundheitsförderung und Präventivmaßnahmen schon in jungen Jahren ansetzen. Davon wird die Gesellschaft später profitieren.

Für den Erfolg solcher Initiativen ist eine enge Abstimmung zwischen FCHVs und anderen Beteiligten essenziell. Kommunalverwaltungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und einflussreiche Personen vor Ort sollten an einem Strang ziehen, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen und nachhaltige Veränderungen herbeizuführen.

Die Herausforderungen im Gesundheitswesen in Nepal erfordern einen ganzheitlichen und vielschichtigen Ansatz.

Durch die effektive Nutzung vorhandener Ressourcen und Strukturen sowie durch die Stärkung der Basisversorgung auf lokaler Ebene lassen sich erhebliche Fortschritte erzielen, um die Gesundheit von Müttern und Kindern zu verbessern – insbesondere in ländlichen Gegenden. Dafür gilt es vor allem, die Gesundheitszentren besser auszustatten, die Rolle der FCHVs zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten zu intensivieren, um den Weg zu ebnen für ein gesünderes und florierendes Nepal.

LINK

Nepal Ministry of Health and Population, 2023: National population and housing census 2021 – a report on maternal mortality:
<https://mohp.gov.np/uploads/Resources/Nepal%20Maternal%20Mortality%20Report%202021.pdf>



SATTISH CHANDRA ARYAL
 ist Monitoring and Evaluation Officer bei der Childaid Network Foundation in Nepal.
sattish.aryal@childaid.net

MULTILATERALE INSTITUTION

WHO zu Ökologie und Gesundheitspolitik

Die Covid-19-Pandemie hat das Bewusstsein für zoonotische Krankheiten, die von Tieren auf Menschen übertragen werden, nachhaltig verändert. Eine Studie des europäischen Regionalbüros der Weltgesundheitsorganisation (WHO – World Health Organization) fordert, die Gesundheitspolitik solle generell stärker auf ökologische Faktoren achten. Auch nicht übertragbare Krankheiten stehen im Zusammenhang mit der Gesundheit der Natur.

Von Isah Shafiq

Der „One Health“-Ansatz betont Wechselbeziehungen zwischen der Gesundheit von

Mensch, Tier und Umwelt. Wichtig ist dabei eine stärkere Zusammenarbeit von Human- und Veterinärmedizin sowie den Umweltwissenschaften. Aus WHO-Sicht werden Letztere aber in der Gesundheitspolitik irriterweise noch weitgehend vernachlässigt. Die WHO nennt drei Hauptgründe, wieso dies falsch sei:

- Die Umwelt ist ein natürliches Reservoir, in dem Substanzen und Nährstoffe akkumuliert und transportiert werden. Von Menschen zugeführte Giftstoffe, Antibiotika oder Krankheitserreger finden auf unterschiedliche Weise ihren Weg in unsere Körper.
- Zahlreiche für die menschliche Gesundheit relevante ökologische Prozesse

finden in von Menschen veränderten Lebensräumen statt. Das hat Auswirkungen auf Populationsgrößen oder die Evolution von Krankheiten.

- Die Umwelt überträgt Gene, Krankheitserreger und Chemikalien zwischen Menschen und Tieren und beeinträchtigt dabei Immunsysteme.

Menschliche Einflüsse stören ökologische Gleichgewichte. Das kann laut WHO die Entstehung und Verbreitung von Zoonosen begünstigen. Ein wichtiger Faktor sei veränderte Bodennutzung zu land- und forstwirtschaftlichen Zwecken. Die Rodung von Wäldern, um Platz für Felder zu schaffen, reduziere die biologische Vielfalt. Sie mache zugleich die Ausbreitung von Zoonosen wahrscheinlicher, weil Wirtstiere der Krankheitserreger zunehmend menschliche Siedlungsgebiete erreichen (siehe Nayatara Narayanan auf Seite 23 dieser Ausgabe).

Entsprechend führt auch Urbanisierung zu vermehrtem Kontakt zwischen Menschen und Wirtstieren, wie die WHO ausführt. Das gelte besonders, wenn Wirtstiere beginnen, sich in Städten anzusiedeln.



Fleischverkäufer in Wuhan: Als Epizentrum der Covid-19-Pandemie gilt ein Markt in dieser chinesischen Stadt.

Die hohe Bevölkerungsdichte beschleunigt dann auch die Ausbreitung der Krankheiten.

Ein weiterer zentraler Faktor ist der Rückgang der Artenvielfalt. Große Biodiversität wirkt als eine Art Puffer gegen die Weitergabe von Krankheiten, weil sie Interaktion einzelner Spezies miteinander weniger häufig macht.

Die WHO warnt vor übermäßigem Konsum von Wildtieren. Einerseits reduziert die Jagd die biologische Vielfalt, andererseits könnte der Konsum infizierter Tiere ansteckend sein. Die Studie erinnert daran, dass Wissenschaftler*innen die zoonotische Pandemie Covid-19 auf den Fleischverkauf auf einem Markt in Wuhan zurückführen.

Wie bei vielen Umweltproblemen wirkt der Klimawandel auch hier als Katalysator. Hohe Temperaturen sorgen laut WHO dafür, dass sich Krankheitsüberträger und deren potenzielle Wirtstiere in Gebieten ausbreiten, in denen sie bislang nicht vorkamen. Wärmere Umweltbedingungen verkürzen zudem Inkubationszeiten – erhöhen aber Replikationsraten.

Auch Luftverschmutzung hat einen Einfluss auf die Ausbreitung von Zoonosen. Die WHO weist darauf hin, dass schlechte Luftqualität das Immunsystem von Menschen und Tieren schwächt – also die Anfälligkeit für Infektionen erhöht. Luftver-

schmutzung trägt auch zum Artensterben bei.

Auch das Risiko nicht übertragbarer Krankheiten hängt von ökologischen Zusammenhängen ab, wie die WHO-Studie betont. Fleisch und andere tierische Produkte seien möglicherweise mit toxischen Chemikalien kontaminiert. Über verschmutzte Gewässer gerieten etwa Schwermetalle wie Quecksilber oder Blei ins Fettgewebe von Fischen. Auch Mikroplastik sei in vielen Lebensmitteln nachweisbar (siehe auch Adaze Okeya-inne auf Seite 34 dieser Ausgabe).

Die WHO weist zudem darauf hin, dass Immunsysteme selbst von einer gesunden Umwelt profitieren. Immunsysteme hängen nämlich von den Mikrobiomen auf unserer Haut und im Darm ab, die sich aus verschiedenen Viren und Bakterien zusammensetzen. Umweltgifte könnten das Mikrobiom beeinträchtigen.

Die WHO sieht auch einen Zusammenhang zwischen Ernährungssicherheit und One Health. Der Verlust biologischer Vielfalt könne die Agrarproduktion belasten – und zwar besonders, wenn Kulturpflanzen ihre Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge, Krankheitserreger, aber auch Dürre oder Hochwasser verlieren. Genetisch sehr einheitliche Nutzpflanzen sind besonders bedroht.

Die Autor*innen betonen, dass nicht alle Menschen den gleichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Menschen mit höheren Einkommen hätten bessere Chancen, Krankheiten zu überleben, sich an Risiken anzupassen und Gefahren vorzubeugen. Das gelte entsprechend auch für ganze Gesellschaften. Höhere Einkommen und bessere Infrastruktur stärkten die Resilienz.

In diesem Sinne ist der „One Health“-Ansatz auch ein Appell, globale Ungleichheiten zu reduzieren. Konkret fordert die WHO unter anderem die Einschränkung von Konsum und Handel mit Wildtieren sowie präventive Maßnahmen gegen die Abholzung von Wäldern und die Zerstörung von Ökosystemen.

LINK:

WHO, Regional Office for Europe, 2022:
A health perspective on the role of the environment in One Health.
<https://apps.who.int/iris/handle/10665/354574>



ISAH SHAFIQ
 studiert Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und hat diesen Beitrag als Praktikant in der

E+Z/D+C-Redaktion verfasst.
isahshafiq@web.de

WASSERVERSCHMUTZUNG

Mehr und bessere Kläranlagen wären gut

In einem aktuellen Bericht zeigt die Europäische Investitionsbank (EIB), wie die Menschen die Umwelt mit immer mehr Mikroplastik und Mikroschadstoffen belasten. Investitionen in die Infrastruktur würden viel bewirken.

Von Adaze Okeaya-inneh

Bei Mikroplastik handelt es sich um weniger als fünf Millimeter große Kunststoffpartikel, die Mensch und Umwelt schädigen können. Mit bloßem Auge kaum zu sehen, finden sie sich zunehmend in Lebensmitteln, in der Luft, im Wasser und in Kosmetikprodukten, sowie in Gewässern wie Flüssen, Seen und Ozeanen.

Etwa die Hälfte des Mikroplastiks in Ozeanen stammt laut einem Bericht der EIB von 2023 aus Straßenstaub und von Reifenabrieb auf den Straßen. Die andere Hälfte geht vor allem auf Konsum zurück – ein Drittel stammt aus synthetischen Textilien. Die EIB ist die Bank der EU.

Der Bericht zeigt, dass Mikroplastik Tieren in Gewässern schadet. Die Partikel sammeln sich in ihren Verdauungssystemen, größere Mengen können Tiere töten. Erwiesenermaßen erhöht die Verschmutzung durch Mikroplastik die Sterblichkeit von Wassertieren.

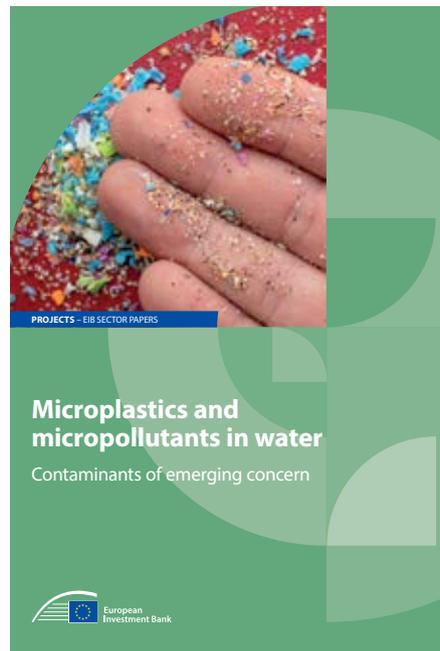
Besorgniserregend ist auch, dass diese Partikel Teil der Nahrungskette geworden sind. Wenn Sie je Meeresfrüchte gegessen haben, haben Sie wahrscheinlich auch Mikroplastik im Körper. Die EIB legt dar, dass in menschlichem Blut kleine Kunststoffteilchen nachgewiesen wurden. Weniger Verschmutzung ist besser für die menschliche Gesundheit. Das bezieht sich auch auf Fruchtbarkeit.

Europäer*innen sind besorgt. Laut EIB haben 89 Prozent der Menschen Angst um ihre Gesundheit und 88 Prozent um die Umwelt.

Die wichtigsten Maßnahmen, die die EU vorschlägt, um die Plastikverschmutzung in Gewässern zu mindern, sind:

- bewusste Einschränkung von Mikroplastikzusätzen in Produkten,
- die Analyse, wie gut kommunale Abwasserregulierung funktioniert,
- Bemühungen, unbeabsichtigte Freisetzung von Mikroplastik aus Textilien, Reifen und Plastik zu verringern.

Dass Mikroplastik in die Ozeane gelangt, ist ein globales Phänomen. Die EU setzt zehn Prozent der weltweiten Menge an Mikroplastik in die Meere frei. Ostasien und Ozeanien (inklusive China) liegen mit



<https://www.eib.org/en/publications/20230042-microplastics-and-micropollutants-in-water>

31 Prozent an der Spitze, gefolgt von Süd-asien (inklusive Indien) mit 18 Prozent und Nordamerika (inklusive USA) mit 17 Prozent. Afrika, Naher Osten und Südamerika setzen je neun Prozent frei.

Konventionelle Kläranlagen, die etwa 90 Prozent des Abwassers in der EU aufbe-

reiten, entfernen Mikroplastik, so die EIB. Von Straßen abfließendes Wasser wird jedoch nicht behandelt. Auch räumt die EIB ein, dass Klärschlamm aus den Kläranlagen nach wie vor problematisch ist. Weltweit würde eine konventionellere Behandlung aber helfen.

Auch Mikroschadstoffe sind eine große Herausforderung. Herkömmliche Kläranlagen kommen gegen immaterielle Schadstoffe (weniger als ein Mikrogramm pro Liter), die durch natürliche und industrielle Prozesse entstehen, nicht an.

Laut EIB wandeln sich diese Partikel häufig in giftigere Verbindungen um. Forschungsergebnisse zeigen, dass sich Mikroschadstoffe beim Menschen in Muttermilch, Blut und Fett anreichern und dem menschlichen Körper schwer schaden können.

Auch Antibiotika bereiten Sorge. Sie sind nützlich, um bakterielle Infektionen zu heilen, aber da immer mehr Krankheitserreger gegen Antibiotika resistent werden, verlieren die Medikamente ihre Wirksamkeit. Je mehr Mikroschadstoffe in die Umwelt gelangen, desto mehr resistente Erregerstämme werden wahrscheinlich entstehen.

Die EIB argumentiert, dass fortschrittlichere Wasseraufbereitungsanlagen bei Mikroschadstoffen viel bewirken können. Sie begrüßt daher die Pläne der EU, zu den drei herkömmlichen Behandlungsstufen eine vierte hinzuzufügen. Dies bedarf massiver Investitionen.

Die EIB unterstützt die Reduzierung von Mikroschadstoffen. Sie stellt langfristige Finanzierungen für Bewirtschafter von Wasserressourcen, sensibilisiert die Öffentlichkeit und leistet technische Hilfe. Beispielsweise vergibt sie Darlehen an öffentliche und private Einrichtungen für Projekte zur Verringerung der Mikroplastikverschmutzung.

LINK

EIB, 2023: Microplastics and micropollutants in water.

<https://www.eib.org/en/publications/20230042-microplastics-and-micropollutants-in-water>



ADAZE OKEAYA-INNEH
ist Journalistin und
Drehbuchautorin in Lagos.

adazeirefunmi@gmail.com

Unsere Website hat ein neues Design und ist für mobile Nutzung optimiert.

www.dandc.eu

